

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: 57 Amt Döhlf 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß bei redaktionellen Teilen

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wir bleiben Opposition!

Kein Waffenstillstand, sondern Kampf diesem System!

Kabinettschleicher?

Waffenstillstand
oder Reichstagsauflösung?

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, folgte am Montagvormittag einer Einladung des Reichswehrministers von Schleicher zu einer politischen Aussprache. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß eine Änderung in der Haltung der Sozialdemokratischen Partei nicht eingetreten und auch nicht zu erwarten ist.

Vertreter des ADGB. bei Schleicher

Vom ADGB. wird mitgeteilt: Der Reichswehrminister von Schleicher hat am Montagvormittag, dem 28. November, Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die vorwiegendsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufhebung der Lohnpolitischen Bestimmungen der Rotverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung eingesetzt.

Weitere Besprechungen Schleichers

Der Reichswehrminister empfing am Montag u. a. den Zentrumsführer Dr. Kaas. Anschließend hielten die in Berlin anwesenden Mitglieder des Vorstandes der Zentrumspartei eine informatorische Besprechung ab. Am Dienstag wird Herr von Schleicher maßgebende Führer der Nationalsozialisten empfangen. Am Mittwoch beabsichtigt er dann in Gegenwart des Herrn von Papen dem Reichspräsidenten über seine Unterredungen Bericht zu erstatten.

Schleichers Pläne

Das Organ der christlichen Gewerkschaften, dessen Führer sich dieser Tage ebenfalls mit dem Reichswehrminister über die politische Lage unterhalten haben, äußert sich am Montag ausführlich über die Ansichten Schleichers. „Der Deutsche“ schreibt:

„Man weiß, daß General von Schleicher von vornherein gegen einzelne Maßnahmen der Rotverordnungen Papens war. So hatte er, mit einigen anderen Mitgliedern des Kabinetts, Bedenken gegen die sozialpolitische Ermächtigung in der entscheidenden Rotverordnung Papens und auch gegen die allgemeine Tariflohnsetzung. Es ist weiter bekannt, daß Herr von Schleicher der Kontingentpolitik wie auch vielen Sondermaßnahmen zugunsten des Großgrundbesitzes kritisch gegenüberstand. Er wird inzwischen auch eingesehen haben, daß die politische Experimentiererei Papens höchst unzulässig ist und in einer Sackgasse enden muß. Er ist nicht für den Weg der Gewalt und des Verfassungsbruches, wie ihn Hugenberg und die ostelbischen Kreise wollen. Herr von Schleicher wird sich vermutlich bereit erklären, die sozialpolitische Ermächtigung aufzuheben, vielleicht die Einkommenspremie zu streichen und die Tariflohnsetzungen zu revidieren. Weiter ist anzunehmen, daß ein Kabinettschleicher den Kurs des Landwirtschaftsministers von Braun nicht weitersteuern würde, der in erster Linie darauf hinausläuft, die Forderungen und Wünsche des Großgrundbesitzes zu erfüllen. Die Verfassungs- und Reichsreform-

pläne der Herren von Papen und von Gajl dürften dem Reichswehrminister nicht als dringlich und nicht als die Aufgabe dieses Winters erscheinen. Die Lösung der Frage Reich-Preußen dürfte allerdings auf große Schwierigkeiten stoßen, da sich der Reichspräsident und das Kabinetts Papen ziemlich darin einig sind, daß die Zusammenfassung der Reichsmittel von Reich und Preußen bestehen bleiben müsse.“

Preußen als Preis

Nationalsozialisten und Zentrum verhandeln

In den letzten Tagen haben zwischen dem Führer der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags, Professor Dr. Lauscher, und der nationalsozialistischen Fraktion wieder Verhandlungen wegen der Wahl eines

Ministerpräsidenten stattgefunden. Ein Ergebnis aber haben auch diese Verhandlungen nicht gehabt. Entscheidend für ihren Ausgang ist schließlich die Lösung der Regierungskrise im Reich.

Es ist bekannt, daß der Reichswehrminister die Hoffnung hegt, diese Krise im stillen Einverständnis mit den Nationalsozialisten lösen zu können. Er glaubt in erster Linie ihre Unterstützung für einen vorübergehenden Waffenstillstand gewinnen zu können. Als Gegenstand ist an die Aufhebung des Reichskommissariats für Preußen gedacht, die übrigens auch vom Zentrum für eine Billigung des Waffenstillstandes gefordert wird. Sobald darüber Klarheit besteht, wollen Zentrum und Nationalsozialisten unter Ausschaltung der Deutschnationalen die Wahl des Ministerpräsidenten in Angriff nehmen.

Die belgischen Kammerwahlen

Großer sozialistischer Stimmenzuwachs — aber geringe Mandatssteigerung

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Brüssel, 28. November.

Infolge der Eigenart des belgischen Systems der Listenverbindungen ergeben die letzten Meldungen über den Ausgang der Wahlen eine wesentlich schwächere Verschiebung der bisherigen Kräfteverhältnisse der Parteien, als es anfangs angenommen werden mußte. Im ganzen gewinnen die Sozialisten trotz des starken Stimmenzuwachses in allen Teilen des Landes nur drei Mandate. Sie steigen von 70 auf 73 Mandate.

Die sozialistischen Gewinne wurden in Brüssel, Antwerpen und Beroiers erzielt, wo der junge sozialistische Kandidat Sommerhausen, der sich in sehr eifriger und mutiger Weise für die Interessen der Arbeiterbevölkerung des deutschsprachigen Grenzgebiets und für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts betätigt, wiedergewählt wurde. Die Katholiken gewinnen gleichfalls drei Mandate und steigen von 76 auf 79. Einer dieser Gewinne geht auf Kosten eines katholischen Wilden, zwei der gewonnenen Mandate wurden den slawischen Frontisten entzogen, die kulturpolitisch schon immer zu den Katholiken gerechnet werden mußten. Die Liberalen verlieren vier Mandate, von 28 behaupteten sie 24. Der Verlust der slawischen Frontpartei erweist sich übrigens erheblich geringer, als die ersten Ergebnisse vermuten ließen. Sie verlieren zwei Mandate. Die Kommunisten behaupteten ihr Mandat in Brüssel und gewannen je eins in Lüttich und Charleroi.

Die bisherige Regierungskoalition kann sich zwar weiter halten, aber ihre Stellung ist erheblich erschwert. Die Sozialisten können eine bedeutend erheblich gestärkte Oppositionsstellung unter parlamentarisch günstigeren Bedingungen beziehen.

Eupen - Malmedy für Volksabstimmung

Brüssel, 28. November.

Zu den Abstimmungsergebnissen bei den belgischen Wahlen wird berichtend mitgeteilt: In den Kantonen Eupen, Malmedy und St. Vith konnte die belgienfreundliche Union zwar ihre Stimmen nahezu verdoppeln, doch bleiben dort die abstimmungsfeindlichen Parteien — Christliche Volkspartei 7456 Stimmen und Sozialisten 2686 Stimmen — in einer doppelten Mehrheit, wobei man im Hinblick auf den Druck der belgischen Bischöfe noch nicht einmal

den Großteil der Wähler der Katholischen Union als abstimmungsfeindlich bezeichnen darf.

Auf Grund halbamtlicher Mitteilungen stellt sich das Wahlergebnis für den Wahlkreis Beroiers, der die Kantone Eupen, Malmedy und St. Vith umfaßt, folgendermaßen: Im ganzen wurden sechs Mandate errungen, davon erhalten die Katholiken 3 (unverändert), die Liberalen 0 (minus 1), die Sozialisten 3 (plus 1).

Frankreich wird bezahlen

Aber nicht transferieren

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 28. November.

Wie der „Paris Soir“ meldet, wird die bevorstehende zweite Note Frankreichs an Amerika noch einmal die Gründe für die Gewährung eines Zahlungsausschubs auseinandersetzen und auf die Verantwortung hinweisen, die die Vereinigten Staaten für die gegenwärtige Finanzlage Frankreichs tragen, die zum großen Teil durch das Hoover-Memorandum geschaffen worden sei. Wenn Amerika einen Zahlungsausschub dennoch weiterhin ablehnen sollte, werde Frankreich die am 15. Dezember fällige Zahlung an die V.V. abführen und sie dort blockieren lassen, bis die späteren Verhandlungen mit Amerika zu einem Ergebnis geführt haben.

Herriot spricht mit Davis

Herriot hatte am Montag wieder eine Unterredung mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsdelegation, Davis. Nach Schluß der Unterredung, die zwei Stunden dauerte, erklärte Davis den Pressevertretern, daß die Verhandlungen über die Abrüstungsfrage in sehr befriedigender Weise weitergehen. Auf die Frage, ob auch über die Schulden gesprochen worden sei, antwortete Davis, er habe keine Vollmacht dazu, aber er möchte erklären, daß Weltfragen in keiner Weise die alte französisch-amerikanische Freundschaft beeinträchtigen dürften. Herriot beschränkte sich auf die Erklärung, daß er mit Davis, für den er große Freundschaft habe, nur über die Genfer Angelegenheiten gesprochen habe. Der Temps fügt hinzu, daß das Datum der Reise Herriots nach Genf zur Teilnahme an der Fünfmächtekonferenz noch nicht festgelegt werden könne.

Heute vor zwei Wochen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Einladung Papens zu einer Besprechung mit einer schneidenden Abfrage beantwortet. Sie hat in dieser Antwort den Rücktritt Papens gefordert, der achtundvierzig Stunden später Tatsache wurde. Gestern ist Breitscheid einer persönlichen Einladung Schleichers gefolgt, nachdem er sich in engerem Parteilreis dessen vergewissert hatte, daß diese Annahme nicht mißverstanden würde. Ablehnung einer Einladung kann eine scharfe Waffe sein, wenn sie den Charakter einer außerordentlichen Maßnahme behält. Zur Regel gemacht, würde sie ihre Wirkung verlieren.

Die parteioffizielle Erklärung über die Unterredung stellt als Ergebnis fest, daß sich an der Haltung der Partei nichts geändert hat und nichts ändern wird. Was ist die Haltung der Partei? Um es noch einmal zu sagen, die Partei muß jede Regierung bekämpfen, die in irgendeiner Art und Weise eine Fortsetzung oder Konservierung des Papen-Kurses bezweckt; sie könnte ihre Haltung erst dann ändern, wenn eine Regierung ans Ruder käme, die einen dem Papen-Kurs geradewegs entgegengesetzten Kurs einschlagen wollte. Herr von Schleicher aber war nicht nur der Reichswehrminister des Papen-Kabinetts, er galt in vielen Dingen als sein führender Geist. Unter diesen Umständen wird Herr von Schleicher billigerweise von der Sozialdemokratie auch nicht eine Spur von Vertrauen erwarten.

Der Reichswehrminister der Papen-Regierung hat von vornherein nicht im Zweifel darüber sein können, daß die Sozialdemokratie für die Beteiligung an einem „innerpolitischen Waffenstillstand“ nicht in Frage kommt und es war für ihn also keine Ueberraschung, wenn Breitscheid die Tatsache, daß die Sozialdemokratie für die Tolerierung eines Präsidialkabinetts, von wem es auch immer geführt werde, nicht zu haben sei, auf neue untertrieb. Jeder Reichskanzler und jeder Reichstanzlerkandidat, der heute eine Atempause vom Parlament verlangt, muß sich mit seinen Wünschen an die Parteien der Rechten und an das Zentrum wenden. Findet er dort die nötige Mehrheit für den Waffenstillstand nicht, so sind seine Bemühungen eben aussichtslos.

Nun liegen die Dinge so, daß Herr von Schleicher vielleicht etwas mehr Hoffnungen hegen kann als Herr von Papen. Der bisherige Reichskanzler hat grundsätzlich abgewirtschaftet. Nicht nur die von ihm so gering geschätzten Parteien haben gegen ihn entschieden, sondern auch die von ihm so sehr gepriesenen Berufsstände geben ihrer Abneigung gegen Art und Tendenz seiner Politik sehr deutlich Ausdruck. Träte er aufs neue an die Spitze der Regierung, so wäre das nicht nur eine Regierung gegen das Parlament, sondern eine Regierung gegen das ganze Volk. Die bessere Chance des Herrn von Schleicher, des Mannes also, der zwar noch nicht mit der Kabinettsbildung betraut ist, aber doch für diesen Auftrag in erster Linie in Frage kommt, liegen vor allem in seinen recht guten Beziehungen zu den Nationalsozialisten. Man weiß, daß er immer den Gedanken der Heranziehung der Hitler-Partei zur Verantwortung vertreten hat. Er mag sich deshalb selbst einem gewissen Optimismus hingeben. Ob er freilich berechtigt ist, steht dahin, auch wenn man die neueste Erklärung des natio-

Stimme des Rechts gegen die Gewalt

Ein Richter des Staatsgerichtshofs über den Verfassungstreit

nassozialistischen Führers, er werde, so leid es ihm tue, auch gegen ein Kabinett Schleicher in Opposition treten müssen, nach allen Erfahrungen als auslegungsfähig ansehen kann. Als Gegengabe für ein etwaiges Entgegenkommen im Sinne eines „Waffenstillstandes“ winkt den Nazis vorläufig die Aufhebung des Reichskommissariats in Preußen und die Aussicht auf die baldige Bildung einer schwarz-braunen Koalition im Preussischen Landtag.

Aber auch wenn Hitler zu einem Entschluß kommt, durch den die grundsätzliche Opposition mit der Bereitwilligkeit zu einem vorübergehenden Waffenstillstand vereinbar wäre, und wenn, wie nach den Erklärungen des Herrn Kaas gegenüber Herrn Schleicher anzunehmen ist, das Zentrum unter gewissen Voraussetzungen grundsätzlich mitmacht, so blieben noch immer die Deutschnationalen. Hugenberg zieht alle Register, um das Papen-System über den Winter hinaus zu retten und es möglichst für alle Ewigkeit zu stabilisieren. Aus diesem Grunde will er natürlich von einem Waffenstillstand nur etwas wissen, soweit ihm dafür ein besonders hoher Preis geboten wird. Er fordert eine Beteiligung an der Futterkrippe, die, wenn ihr entsprochen würde, der neuen Präsidialregierung den Charakter einer deutschnationalen Parteilregierung geben würde. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ glaubt sogar schon vor einer Diktatur Hugenberg-Dingeldey warnen zu müssen. Eine solche Lösung würde vielleicht im ersten Augenblick durch ihren unfreiwilligen Humor entwaffnend wirken — sie wäre aber natürlich keine Lösung, weil sie das Zentrum seiner Zusage entheben und die übrigen Partner von einer Zustimmung abhalten würde. Man muß deshalb damit rechnen, daß, wenn es überhaupt zu einem Waffenstillstand kommt, er ohne die Deutschnationalen abrollt und sich außer Zentrum und Nationalsozialisten nur die Splitterparteien an seiner Geburt beteiligen würden. Sie haben eine Mehrheit, die zur Not für die Ausschaltung des Reichstags bis zum Februar oder März langt. Als Plattform für praktische Politik könnte sie nur schwerlich dienen.

Die Atmosphäre bleibt also unter den obwaltenden Umständen noch unklar und trübe. Vorläufig lautet das Problem: Waffenstillstand mit Schleicher oder neue Reichstagsauflösung mit Papen. Vor Mittwoch ist darüber kaum Klarheit zu erwarten.

Thüringen „bereinigt“ Professor Bondy gekündigt

Der neue thüringische Naziminister will dem Reichskanzler a. D. Papen als Reichskommissar von Preußen nicht nachsehen und bereinigt auch seinerseits sein Ressort von Sozialdemokraten. Dem Professor Dr. Kurt Bondy, Direktor des Jugendgefängnisses in Eisenach ist zum 31. Dezember d. J. gekündigt worden. Der thüringische Justizminister hat an ihn ein Schreiben gerichtet, in dem er sich darauf beruft, daß Dr. Bondys Dozententätigkeit an der Göttinger Universität mit den Interessen des Jugendgefängnisses in Eisenach und dem Ansehen des Thüringer Staates unvereinbar sei und daß sie außerdem auch der grundsätzlichen Stellung der thüringischen Regierung zum Doppeldienst widerspreche. Dr. Bondy erwiderte darauf, daß er zwar der Ansicht sei, daß seine Dozententätigkeit dem Jugendgefängnis nur von Nutzen sein könne, daß er jedoch bereit sei, sich für das Sommersemester beurlauben zu lassen; um das Beweisen der thüringischen Regierung in punkto Doppeldienst nicht zu belasten, wolle er die 80 M., die ihm seine Dozententätigkeit in Göttingen bringe, dem Fürsorgefonds überlassen. Dem thüringischen Naziminister war es aber gar nicht um das Interesse des Jugendgefängnisses und um die grundsätzliche Einstellung zum Doppeldienst zu tun. Es handelte sich für ihn nur darum, den Juden und Sozialisten Dr. Bondy aus dem Jugendgefängnis zu entfernen. Da Dr. Bondy aber Sozialist ist und nicht Nationalsozialist, ihm das Interesse der Allgemeinheit also vorangeht, so hat er es vorgezogen in der Befürchtung, daß man selbst nicht davor zurückschrecken würde, das Jugendgefängnis in Eisenach aufzulösen, um ihn auf diese Weise überflüssig zu machen, seine Stellung als Direktor des Jugendgefängnisses aufzugeben und auf diese Weise seine Schöpfung zu retten.

Thüringen konnte sich bisher rühmen, die modernsten Gefängnisse in Deutschland zu haben.

Zuwachs für Hugenberg. Die beiden Abgeordneten des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes, Freiherr von Stauffenberg und Haag, und der auf der Liste des Thüringischen Landbundes gewählte Abgeordnete A. Bicht sind der deutschnationalen Reichstagsfraktion beigetreten.

Zum erstenmal hat jetzt einer der Richter des Staatsgerichtshofs zu den über die Entscheidung entstandenen Streitfragen Stellung genommen. Reichsgerichtsrat Dr. Schwalb, der selbst Mitglied des Staatsgerichtshofs bei der Entscheidung war, veröffentlicht in Nr. 48 des „Rechtsverwaltungsblatts und Preussisches Verwaltungsblatt“ vom 26. November 1932 eine eingehende Abhandlung.

Reichsgerichtsrat Dr. Schwalb weist zunächst den Vorwurf zurück, daß die Entscheidung des StGH, die Richtigkeit gesteigert habe. Wären nach dem Urteil in der Tat neben der Reichsregierung zwei preussische Landesregierungen anzuerkennen, so wäre diese Dreieheit nicht vom StGH, geschaffen, sondern von der Reichsregierung, die die Verantwortung für den Erlass der Verordnung vom 20. Juli 1932 trägt. Der angebliche Dualismus bestehe aber nach dem Urteil des StGH, in Wirklichkeit nicht. Die Reichskommissare seien keineswegs Landesregierungen. Auch bei der Uebertragung der „vollziehenden Gewalt“ auf Militärbefehlshaber habe die Landesregierung stets ihre Eigenschaft behalten, der Militärbefehlshaber sei nicht zu einem Ersatzorgan des Landes geworden, sondern es sei lediglich ein Teil der dem Lande zustehenden Geschäfte und Befugnisse aus dem Kreise der Landesangelegenheiten abgelöst und vorübergehend dem Reich übertragen. „Es gibt in Preußen nach wie vor nur eine Landesregierung, das bisherige Staatsministerium.“

Die bisherige Form der Zeichnung von Verordnungen durch die Reichskommissare hält Dr. Schwalb für unzulässig.

„Sind“ — so schreibt er — „wie der StGH, ausdrückt, die Minister im Amte geblieben und nur die Geschäfte und Befugnisse ihrer Ämter teilweise vom Lande auf das Reich übergegangen, so können als preussische Minister nur die bisherigen Minister oder deren Beauftragte zeichnen und die auf das

Reich übergegangenen Geschäfte nicht unter der Firma von Landesministern, auch nicht von einem „mit der Wahrnehmung ihrer Geschäfte Beauftragten“ erledigt werden. Noch weniger angängig und völlig irreführend ist es, wenn die Direktoren und Räte der preussischen Ministerien die ihnen von dem R.Komm. in deren Geschäftsbereich überlassenen Unterschriften unter der Firma „Der Preussische Minister“ lediglich mit dem Zusatz „im Auftrage“ abgeben. Der Rechtslage, wie sie nach den Ausführungen des StGH, ohne Verfassungserörterung allein hätte geschaffen werden können, entspricht es wohl am ehesten, wenn die R.Komm. ihre Verordnungen und Verfügungen als R.Komm. für das preussische I-Ministerium erlassen.“

Auch die völlige Auflösung von preussischen Ministerien hält Dr. Schwalb für unzulässig. „Die Auflösung des Ministeriums greift in gleicher Weise in den Bestand der Landesregierung ein, wie dies seine Enthebung von seinem Amte tun würde. Sie muß daher nach den Ausführungen des StGH, folgerichtig als unzulässig erachtet werden.“

Die Zuständigkeiten, die in dem Urteil des StGH, ausdrücklich der Landesregierung vorbehalten wurden, dürfen nach Schwalb nicht eng ausgelegt werden. „Bielmehr ist davon auszugehen, daß mit den im Urteil bezeichneten Befugnissen dem Staatsministerium zugleich alle anderen zuerkannt werden sollten, die zu deren sorgemäßiger Ausübung unbedingt notwendig sind.“

Zu der besonders kritisch gemordenen Frage der Ueberlastung von Diensträumen, Beamten und Akten der Ministerien führt Dr. Schwalb aus: „Bei der Beurteilung der Rechtsfrage ist von dem Zustand auszugehen, wie er bis zum Eingreifen des Reiches bestand, und zu prüfen, welche Änderungen an ihm die Verordnung vom 20. Juli 1932 erforderte, wenn sie in dem vom StGH, festgelegten Sinne verstanden wurde. Die Art, in der der Reichskommissar seine weitergehende Aus-

legung zur Geltung gebracht hat, war nur aus seiner Annahme zu begreifen, daß er im Wege der Reichsregierung zu verfahren berechtigt sei. Nachdem ein Vorgehen aus Artikel 48 Absatz 1 vom StGH, für nicht gerechtfertigt erklärt worden ist, wird die Neuregelung in der zwischen gleichberechtigten Stellen üblichen Weise zu erfolgen haben, wie dies auch dem allgemeinen Verhältnis zwischen Reich und Ländern entspricht. Aus diesen Gesichtspunkten wird das Staatsministerium den Reichskommissaren zwar die vorübergehende Benutzung des größten Teils der Diensträume in den Ministerialgebäuden des Landes weiterhin belassen müssen usw.“

Es wird aber andererseits für jeden Minister, für die Sitzungen des St. Min. und für die RR-Bevollmächtigten geeignete Räume in bisherigen Dienstgebäuden sowie die Zuweisung der erforderlichen eingearbeiteten Hilfsbeamten und Angestellten usw. verlangen können, auch beanspruchen dürfen, daß ihm und seinen Mitarbeitern und Beamten die Benutzung der Ministerialakten, soweit sie zur Bearbeitung der ihm verbliebenen Geschäfte notwendig ist, ohne bürokratische Umständlichkeiten ermöglicht wird.“

In dem Schlußabsatz seiner Ausführungen betont Herr Dr. Schwalb, daß der Dualismus zwischen Preußen und Reich durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 nicht beseitigt wird. „Aber“, so heißt es wörtlich, „dies Grundproblem der Reichsreform läßt sich — ohne Staatsstreich oder Revolution — nur auf dem Wege der verfassungsändernden Gesetzgebung lösen, nicht durch Maßnahmen aus Artikel 48 der Reichsverfassung, der ganz anderen Zwecken zu dienen bestimmt ist.“

Damit hat einer der am Urteil beteiligten Richter eine außerordentlich bedeutungsvolle Kritik an dem letzten Erlass des Reichspräsidenten geübt und zugleich die immer noch nicht erfüllten Forderungen des preussischen Staatsministeriums für berechtigt und dem Sinn des Urteils entsprechend anerkannt!

Flucht aus der Nazipartei

Gewaltige Naziverluste bei Gemeindevahlen

Am Sonntag haben im bremischen Landgebiet Gemeindevahlen stattgefunden. Das Ergebnis ist für die Entwicklung der Nationalsozialisten von großem Interesse. Gegenüber dem 6. November haben Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten an Stimmen verloren, wobei der Verlust der Nationalsozialisten weitaus am stärksten ist. Die Sozialdemokraten verloren 3,3 Proz., die Kommunisten 10 Proz., die Nationalsozialisten aber 17 Proz. ihrer Stimmen vom 6. November. Die Bürgerlichen aber haben gleichzeitig 20 Proz. ihrer Stimmen vom 6. November hinzugewonnen! Ein erheblicher Teil nationalsozialistischer Wähler läuft also wieder zu den Bürgerlichen! Seit dem 31. Juli hat sich in Bremen-Land ein völliger Umschwung vollzogen. Das kommt in der folgenden kleinen Tabelle zum Ausdruck:

	27. Nov. 31. Juli		
Nationalf.	894	1843	Verl. 51 Proz.
Bürgerl.	2792	1630	Gew. 71 Proz.

Diese Bewegung von den Nationalsozialisten weg zu den Bürgerlichen hin hat auch bei anderen Gemeindevahlen am Sonntag ihre Bestätigung gefunden.

Gemeindevahlen im Lande Bremen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Bremen, 28. November.

Am Sonntag fanden in den 14 Landgemeinden des bremischen Staatsgebietes die Gemeindevahlen statt. Die Wahlbeteiligung betrug 81,5 Proz. gegen 77,8 Proz. bei den letzten Gemeindevahlen im November 1929. Auf die einzelnen Parteien entfielen im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen am 6. November folgende Stimmen: Sozialdemokratie 4160 (4307), KPD 894 (1191), Komm. 567 (634). Alle übrigen Splittergruppen, darunter die Deutschnationalen, erhielten zusammen 2792 (2313) Stimmen.

Die Sozialdemokratie konnte sich ziemlich behaupten. Von den 109 Mandaten, über die sie bisher in den 14 Landgemeinden verfügte, blieben ihr 91. Die Kommunisten erhielten 8 Mandate gegen bisher 0. Die Nationalsozialisten erhielten 14 Mandate gegen bisher ebenfalls 0. Die übrigen Wählergruppen brachten es auf 71 gegen bisher 75.

Stadtverordnetenwahl in Geesthacht

Hamburg, 28. November.

Die Stadtverordnetenwahlen in Geesthacht hatten bei 86,7 Proz. Wahlbeteiligung folgendes Ergebnis: Sozialdemokra-

te 681 (856), KPD 1037 (1289), KPD 689 (956), Fortschritt und Aufbau 322 (370), Heimatdienst 180 (—). Die Vergleichsziffern sind die Ergebnisse vom 6. November.

Neuwahl in Soldin

Soldin (Neumark), 28. November.

Nachdem die vorige Stadtverordnetenversammlung aufgelöst war, haben am Sonntag die Neuwahlen für das Stadtparlament stattgefunden. Es wurden folgende Stimmzahlen erreicht: KPD 1374 (letzte Reichstagswahl 1663), Sozialdemokraten 506 (677), KPD 421 (536), Heimatliste 856 (811).

Zahlungsstreit gegen Fürsten

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Stuttgart, 28. November.

Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, ein selbstverständlich durchaus national gesinnter Herr, ist im praktischen Leben so geschäftstüchtig, daß er darüber vergißt, sozial gesinnt zu sein. Der hohe Herr besitzt im Hohenzollernschen Lande, als dessen „Fürst“ er sich noch immer aufspielt, obwohl er längst keine Souveränitätsrechte mehr besitzt, umfangreichen Grundbesitz, der zum größten Teil parzelliert und an kleine Landwirte verpachtet ist. Als im vorigen Jahr eine allgemeine Preis-, Miet- und Pachtentung eintrat, ließ die fürstliche Verwaltung auch ihren Pächtern 15 Proz. nach. Neuerdings lehnte jedoch den Nachlaß ab. Die Bauern sollen, obwohl inzwischen noch eine Verschlechterung der Lage eingetreten ist, wieder die in früheren Jahren gültigen Pachtpreise zahlen. Die Pächter verweigern daher die Zahlung von Pachtzinsen überhaupt.

Für Freispruch Bullerjahn

Die Verteidigung

plädiert für erwiesene Unschuld

Im Verlauf seines Plädoyers im Bullerjahn-Prozess widerlegte Rechtsanwalt Rosenfeld zunächst Punkt für Punkt die Indizien des Reichsanwalts. Er schloß mit folgendem Hinweis: Die fünf Weiser des Herrn Reichsanwalts weisen nicht auf die Schuld, sondern auf die Unschuld Bullerjahn hin. Sieben andere Weiser ergeben dagegen die Unschuld Bullerjahn. 1. Das Gespräch Salomons mit Jost; 2. das Gespräch Cohas mit Jost; 3. der Briefwechsel Rosenfeld-Jost;

4. die Aussage Strieders gegenüber Rechtsanwalt Dr. Leon; 5. die Selbstbeichtigung des Biem; 6. die Aussage des Zeugen Söllers. Der wichtigste Weiser sei aber die Feststellung über den 23. Dezember, dem Tage, für den Bullerjahn einen vollständigen Alibi-Beweis geführt habe. Auch Zeutant Jost sei am 23. Dezember bis zum späten Abend den ganzen Tag über beobachtet worden. Nach der Aussage des Oberleutnants Dühring sollte die Kontrolle, nachdem sie abgebrochen war, am nächsten Tage, dem 24. Dezember, fortgesetzt werden. Daraus habe der Zeuge den Schluß gezogen, daß in der Zwischenzeit der Vertreter noch einmal in das Hotel Bellevue gekommen sein muß. Wäre der Angeklagte hingegangen, so hätte er gesehen werden müssen; ebenso wenn er sich mit Zeutant Jost irgendwo getroffen hätte. Der Vertreter vom 23. Dezember muß also ein anderer gewesen sein. Das scheint der wichtigste und durchschlagendste Beweis dafür zu sein, daß Bullerjahn, der der Vertreter vom 23. Dezember unmöglich gewesen ist, auch nicht der Vertreter der vorausgegangenen Tage sein kann. Der Angeklagte ist also unschuldig, und es bleibt nur die Konsequenz, ihn freizusprechen und ihn nach achtjährigem Kampf zu rehabilitieren. Eine Freisprechung werde ein Ruhmesblatt in der deutschen Rechtsprechung sein und ein Beweis für die Unparteilichkeit der deutschen Richter.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt, wo Rechtsanwalt Prof. Einzheimer das Wort ergreifen wird.

Rumänien isoliert Kein Vertrag mit Rußland

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Bukarest, 28. November.

Außenminister Titulescu erklärte in der Kammer, daß die Verhandlungen der rumänischen Regierung mit der Sowjetunion über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes abgebrochen worden sind, da Rumänien nie und nimmer einen Pakt unterzeichnen könne, der seine Situation gegenüber dem Kellogg-Pakte verschlechtern müßte. Wenn Rumänien die von Moskau vorgeschlagenen Paktforneln angenommen hätte, so wären den revisionistischen Bestrebungen Rußlands hinsichtlich Besarabiens Tür und Tor geöffnet worden. Im übrigen hätte die rumänische Regierung keinerlei Einwendungen gegen den Nichtangriffspakt Polens mit Rußland zu machen. Titulescu dankte schließlich noch der französischen Regierung für ihre lokale Vermittlungsbemühungen zwischen Rumänien und Rußland und stellte Frankreich frei, ohne Rücksicht auf Rumänien seinen eigenen Angriffspakt mit dem Rätebund zum Abschluß zu bringen. Je freundschaftlicher sich die Beziehungen Polens und Frankreichs zu Rußland gestalten, um so besser würden auch die rumänischen Interessen geschützt sein. Von einer Bündnistriebe zwischen Rumänien und Polen bzw. Frankreich könne keine Rede sein.

Gottheiner

Ein Vertrauensmann der Junker

Der Ministerialdirektor Gottheiner wurde unter der Regierung der Barone ins Reichsinnenministerium berufen. Er vertrat das Reich im Staatsprozeß in Leipzig. Wie er dort auftrat als Vertrauensmann der Reaktion, ist unvergessen.

Der Ministerialdirektor der Baronsregierung war zuvor Landrat des Kreises Johannisburg. In dieser Eigenschaft war er auch Vorsitzender der Kreisbank (nicht zu verwechseln mit der noch heute bestehenden Kreisbank). Die Kreisbank brach unter der glorreichen Führung ihres Vorsitzenden zusammen. Als Folge dieses Zusammenbruchs hat der Kreis noch heute etwa 38 000 M. bloß an Zinsen jährlich aufzubringen.

Die Stadt Arns im Kreis Johannisburg hatte sich in den Jahren 1920 bis 1924 gleichfalls in zweifelhafte Kredittransaktionen eingelassen und mußte unter außerordentlich hohen Verlusten im Jahre 1925 liquidieren. Gegen den verantwortlichen Leiter der Stadtparkasse Arns, den Bürgermeister Lehmann, wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

In dem am 7. Juni 1932 gefällten Urteil des Oberverwaltungsgerichts gegen den früheren Bürgermeister Lehmann aus Arns stehen nun folgende, wenig schmeichelhafte Sätze für den Ministerialdirektor der „autoritären Staatsführung“. Nachdem zuerst als Milderungsgründe auf das Verhalten der Girozentrale hingewiesen wird, heißt es dann wörtlich:

„Vor allen Dingen fällt aber ins Gewicht, daß die Girozentrale selbst — d. h. eine zum Schutz der Kreditinteressen der Arnsler Sparkasse in erster Linie mitberufene Vertrauensinstitution —, die für die Beleihung des Rittergutes erforderlichen Mittel der Sparkasse in Kenntnis des Verwendungszwecks anstandslos zur Verfügung stellte, obwohl sie einerseits die Finanzlage der städtischen Sparkasse in Arns genau kannte, andererseits auch mit den Kreditverhältnissen des Ritterguts Lupfen vertraut war.“

Dem Herrn Ministerialdirektor Gottheiner aber schreibt das Oberverwaltungsgericht folgendes ins Stammbuch:

„Eine besondere Rolle hat bei dieser Kredittransaktion der damalige Landrat in Johannisburg gespielt, der es nach der eib-

lichen Angabe des Kaufmanns Cohn auf eine diesbezügliche Anfrage der Girozentrale

unterließ, seine schon damals feststehende Meinung, daß die dem Kredit zugrunde liegende Lage des Ritterguts Lupfen zu hoch sei, zum Ausdruck zu bringen,

sich vielmehr auf die Neuerung beschränkte, es sei zweifelhaft, ob die Sparkasse den Kredit verdauen könne.

Offenbar hatte der Landrat in Johannisburg an dem Zustandekommen der Beleihung des Ritterguts Lupfen durch die städtische Sparkasse insofern ein großes Interesse, als die Kreisbank in Johannisburg gegen Rohmeyer (Lupfen) eine rückständige Zinsforderung von etwa 50 000 Reichsmark hatte, deren Abstoßung durch den Sparfassenkredit ermöglicht wurde. Das ergibt sich schon daraus, daß der Kreisbankdirektor Koch an der Besichtigung des Gutes — wenn auch erst etwas später — teilnahm. Die Sparkasse in Arns ist also offenbar — wenn auch nicht ohne starkes eigenes Verschulden ihrer verfassungsmäßigen Willensorgane — ein Opfer konkurrierender Interessen anderer Kreditinstitute geworden, deren Leiter nach der Auffassung des Senats an und für sich zur Wahrnehmung des Schutzes der Arnsler Sparkasse mitberufen gewesen wären.“

Hiermit schließt das Urteil über die Girozentrale sowie über die Tätigkeit des Herrn Gottheiner ab. Die Stadt Arns sitzt in Schulden, die die Bürgerchaft nicht zu tragen vermag, weil die Leiter konkurrierender Kreditinstitute auf Kosten der städtischen Sparkasse Arns die Schäfchen ihrer Institute ins Trockene brachten.

Gottheiner aber ist heute Ministerialdirektor im Kabinett der Baronsregierung Papen. Er hat durch seine Landratsstätigkeit zur Zeit der „Befähigungs“ an Stelle der „Parteibuchbeamten“ erwiesen, daß er der geeignete Mann ist, Referent für Verfassungsfragen im Reichsministerium des Herrn v. Gahl zu sein!

Hitler gegen Hindenburg

„Wie lange noch?“

Auf seiner stillen Heimreise nach München und Berchtesgaden hat „der Führer“ in Weimar halt gemacht, um in einer Mitgliederversammlung noch einige Komplimente für den Reichspräsidenten zurückzulassen. Nachdem er von der „entsprechenden Not, die heute überall im ganzen Reich zu

Der verabschiedete Liebhaber



„Pah, dieser schlappe Zivilist! Läßt man ihn heran, dann macht er Ausflüchte. Da bin ich schon eher für's Militär.“

finden sei“ — doch nicht im Kaiserhof? — gesprochen hatte, führte er nach dem „Angriff“ aus:

„Der Herr Reichspräsident hat nun über sieben Jahre regiert. Das Ergebnis seines Denkens liegt vor uns. Ich weiß nicht, wie lange man das alles noch fortzusetzen gedenkt. Noch sieben Jahre? Es ist möglich, daß die Ratgeber, die den Herrn Reichspräsidenten beraten, dann noch dieselben sein werden, als kleine Inself in der Wilhelmstraße in Berlin. Über das deutsche Volk ist dann verkommen; und ich sehe nicht ein, warum solcher Ratgeber wüßten eine ganze Nation zugrunde gehen muß.“

Nachdem er die Wirksamkeit des Reichspräsidenten in dieser vornehmen Weise charakterisiert hatte,

erklärte er sich bereit, in drei bis vier Monaten seinem Rufe wieder Folge zu leisten. Er nennt das „gradlinige Politik!“

Drei Pfeile auch in Frankreich. Eine Partiser Abteilung der sozialistischen Partei hat eine Werbefarste herausgegeben, die die drei Pfeile trägt und sie als Sinnbild bezeichnet für „Propaganda, Erziehung, Erholung“. Die Karte kostet einen Franken.

Die rechtsbürgerliche Regierung Norwegens hat das Einreisegesuch Trochis abgelehnt.

Japan greift weiter. Nach einer chinesischen Mitteilung sind japanische Offiziere nach Tibet abgereist.



Kein Zweifel mehr: Sie ist die 4-Pf-Zigarette Berlins!

Ihre überragende Qualität hat die Raucherherzen im Sturm erobert! Die Zahl ihrer Freunde stieg von Tag zu Tag. „Landesauslese“ ist heute die beliebteste 4-Pf-Zigarette Berlins! Morgen aber wird ihr Freundeskreis noch grösser sein, weil sie die prämierte Mischung enthält und den Packungen neuerdings noch die entzückenden Atlasstoff-Bilder mit unseren Film-Lieblingen beigefügt werden.

LANDE AUSLESE

4Pf

Qualität und doch immer neue Überraschungen

Prachtalben mit 200 Filmstar-Biographien zu beziehen durch die Fachgeschäfte!

Krise und Krankenversicherung

Einnahmen um die Hälfte gesunken

Die gegliederten Krankenkassen (Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs- und knappschaftliche Krankenkassen) haben die Krise bis jetzt besser überstanden als die anderen Versicherungsträger, insbesondere die der Rentenversicherung. Die Ursachen liegen in der verhältnismäßig geschmeidigen Verwaltungsform der Krankenkassen, die schnelle Umstellungen erlaubt, ferner in der Tatsache, daß durch die Notgesetzgebung die Leistungen der Krankenversicherung eher eingeschränkt wurden als bei den anderen Versicherungsträgern, und schließlich darin, daß der Krankenstand bei den Krankenkassen so niedrig ist wie noch nie seit dem Krieg, das Inflationsjahr 1923 ausgenommen. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß auch die Krankenversicherung im ganzen gefährdet erscheint; einzelne Kassen sind schon seit längerer Zeit notleidend.

Das Jahr 1929 zeigte den stärksten Auftrieb der Versicherung. Ein Vergleich mit diesem Jahr veranschaulicht deshalb am besten den jetzigen Abfall.

Sehr stark vermindert hat sich die Zahl der Kassen.

Von den 7465 Kassen im Jahre 1929 waren nach den Ausweisen der Reichsanstalt am 30. September 1932 nur noch 6855 vorhanden. Der Rückgang dürfte tatsächlich noch größer sein; denn die Reichsanstalt zählt auch die selbständig berichtenden Unterstellen der Kassen (Sektionen) als Volkstafeln. Er dürfte etwa 700 ausmachen. Betroffen wurden von ihm vor allem die Betriebskrankenkassen (über 400 weniger) und die Innungskrankenkassen (rund 170 weniger); die Orts- und Landkrankenkassen haben sich dem Krisenstoß gegenüber als weniger empfindlich erwiesen.

Stärker noch als die Kassen sind die Versicherungszahlen zurückgegangen.

Zählten die gegliederten Kassen 1929 rund 20 965 000 Versicherte, so waren es am 30. September 1932 nur noch 16 647 000. Von dem Rückgang sind auch hier verhältnismäßig am stärksten betroffen die Betriebs- und Innungskrankenkassen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die unterstützten Arbeitslosen ohne Rücksicht darauf, welcher Kasse sie vorher angehörten, regelmäßig bei den Orts- und Landkrankenkassen versichert werden. Erst wenn der Arbeitslose der öffentlichen Fürsorge anheimfällt, scheidet er überhaupt aus der Krankenversicherung aus, es

sei denn, er versichert sich auf eigene Kosten weiter. Das geschieht immer noch in größerem Maße, als man angesichts der notorischen Notlage der Erwerbslosen erwarten dürfte. Ob dabei jedoch die Erwerbslosen die Versicherung aus eigenen oder aus Fürsorgemitteln bestreiten, ist eine offene Frage. Jedenfalls ist (jeweils auf den 30. September berechnet)

die Zahl der freiwilligen Mitglieder von 2 717 000 in 1929 gestiegen auf 3 372 000 in 1932.

Versicherungstechnisch bedeutet übrigens die Steigerung der Zahl der freiwilligen Mitglieder keinen Vorteil der Krankenkassen; denn diese Versicherten gehören erfahrungsgemäß ganz überwiegend den untersten Lohnstufen an, zahlen also nur sehr geringe Beiträge. Trotzdem begrüßen die Kassen die Weiterversicherung als Beweis des Vertrauens, das sie unter den Versicherten genießen, ferner aus dem rein praktischen Grund, daß sie den Weiterversicherten in Obhut behalten und damit schwerere Schäden verhüten können, die von den Kassen wieder ausgeglichen werden müßten, wenn die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozess eingegliedert werden.

Die Kassen nahmen je Mitglied im Jahre 1929 an Beiträgen 100,39 M. ein. Das entsprach einer Gesamteinnahme für die gegliederten Krankenkassen von 2 058 507 000 M. Nach der vorläufigen Statistik für 1931 ist die Beitragseinnahme je Mitglied auf 79,75 M. zurückgegangen. Für 1932 können wir sie an Hand repräsentativer Statistiken auf 65,84 M. schätzen. Voraussichtlich werden also die gegliederten Krankenkassen im Jahre 1932 insgesamt 1 098 Millionen Mark an Beiträgen einnehmen, d. h.

eine Milliarde weniger als im Jahre 1929.

Damit ist die Krankenversicherung zurückgeworfen auf den Stand von 1924, wo sie 1 027 Millionen Mark Beiträge einnahm. Diese Senkung der Beitragseinnahmen um die Hälfte stellt praktisch die Senkung des Einkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Kaufkraftdrumpfung dar.

Hierzu kommen noch Einnahmen aus Kapitalanlagen usw. Sie betragen im Jahre 1929 rund 32,2 Millionen Mark, fallen also gegenüber den Beitragseinnahmen nicht ins Gewicht. Eine Schätzung für 1932 ist nicht möglich; sicher ist nur, daß die Zinserträge schon deshalb zurückgehen

müssen, weil die Kassen im Jahre 1931 zum ersten Male seit der Einführung der gegliederten Krankenversicherung mit einem Defizit gearbeitet haben. Einer Gesamteinnahme von 85,22 M. je Versicherten stand eine Gesamtausgabe von 86,10 M. gegenüber. Das Defizit ist durch Rückgriff auf die Reserven gedeckt worden.

Leider wird sich das Mißverhältnis auch im Jahre 1932 nicht ändern. Voraussichtlich wird sich die Gesamtausgabe der Kassen im laufenden Jahre auf 116,7 Millionen stellen.

wird also aus den Beitragseinnahmen allein nicht gedeckt werden können.

Neuer Tarifabschluß für Graveure und Ziseleure

In äußerst schwierigen Verhandlungen ist es dem Metallarbeiterverband gelungen, den Reichstarifvertrag für das Graveur- und Ziseleurgewerbe, der vom Deutschen Graveur- und Ziseleurbund vom 30. November gefündigt worden war, wieder abzuschließen. Der Reichstarif regelt die allgemeinen Arbeitsbedingungen und in einem Anhang die Entlohnung sämtlicher in diesem Gewerbe beschäftigten Arbeiter.

Die Unternehmer hatten den Neuabschluß des Vertrages von wesentlichen Verschlechterungen abhängig gemacht. Sie forderten vor allem neben einer Kürzung der Urlaubsdauer den Abbau der Urlaubsbezahlung um die Hälfte und die Verschlechterung der Eingruppierungsbestimmungen durch Einführung von zwei neuen Lohngruppen. Außerdem sollten die Tariflöhne um etwa 10 Proz. gesenkt werden, was zusammen mit der Verschlechterung der Eingruppierungsbestimmungen für alle Gruppen eine Lohnkürzung um rund 15 Proz. bedeutete hätte. Ueberstunden sollten in Zukunft nur noch mit einem Zuschlag von 10 Proz. anstatt wie bisher 25 Proz. bezahlt werden und etwa notwendig werdende Sonn- und Feiertagsarbeit nicht mehr mit 50 Proz., sondern bloß noch mit 20 Proz. Zuschlag.

Der zentralen Tarifkommission der Graveure und Ziseleure war es möglich, die Unternehmer mit ihren Abbauforderungen weit zurückzudrängen. Die von ihr abgeschlossene Vereinbarung

eine Mehrbelastung der Versicherten durch Beitragserhöhungen oder Leistungverschlechterungen scheint untragbar. Unter diesen Umständen wird der Ausgleich zu suchen sein in einer Verringerung der Kosten der Krankenhilfe, die nur durch Preisnachlässe der Heilberufe und Lieferanten wird erzielt werden können.

Zunächst können sich allerdings die Kassen noch auf ihre Reserven stützen. Das Vermögen der Kassen betrug 1930 rund 925,8 Millionen Mark. Davon waren 435,3 Millionen Mark Rücklagen, von denen jedoch nur 194,4 Millionen Mark Bankguthaben waren. Im übrigen bestanden die Rücklagen in Wertpapieren, Hypotheken, Darlehen und Grundbesitz, sind also nur schwer und unter der Gefahr von Kursverlusten flüssig zu machen. Eine Ueberficht darüber, wie weit die Kassen in die Rücklagen eingegriffen haben, besteht für 1931 und 1932 noch nicht, daß aber erhebliche Eingriffe stattgefunden haben, kann nicht zweifelhaft sein.

sieht vor, daß die Urlaubsbezahlung nicht um die Hälfte gekürzt wird, sondern unverändert bestehen bleibt und nur bei der Urlaubsdauer in allen Gruppen ein Abstrich um einen Urlaubstag erfolgt. Die Eingruppierungsbestimmungen bleiben gleichfalls unverändert, so daß auch der damit beabsichtigte Lohnabbau wegfällt. Der 25prozentige Ueberstundenzuschlag wird auch nicht gekürzt, sondern lediglich der Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit von 50 auf 40 Proz. ermäßigt. Die bisherigen Tariflöhne bleiben unverändert bis zum Jahreschluß bestehen; ab 2. Januar tritt eine Senkung um 6 Proz. ein. Das neue Lohnabkommen ist bis zum 30. April 1933 befristet, der Reichsmanteltarif bis zum 30. November 1933.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Berliner Graveure und Ziseleure haben in einer stark besuchten Versammlung die Schwierigkeit, die ihre zentrale Tarifkommission zu überwinden hatte, vollumfänglich anerkannt und den Tarifabschluß gebilligt.

In Essen fanden dieser Tage Lohnverhandlungen für das Baugewerbe von Rheinland-Westfalen statt, nachdem der Lohnstarif von den Unternehmern zum 30. November gefündigt war. Die Unternehmer stellen unerhörte Abbauforderungen, im allgemeinen um 10 Pf. Nur die Gländelöhne der Tiefbauarbeiter von 61 Pf. wollen sie bestehen lassen. Die Gewerkschaften haben diese empörenden Vorschläge der Unternehmer scharf zurückgewiesen.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Feiertage einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“. Preiszusätze: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 2,75 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühr und 22 Pf. Postbefreiung. Auslandsabonnements 3,25 M. pro Monat für Länder mit empfindlichem Briefpostverkehr 4,65 M. Bei Postabnahme der Zeitung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Preiszusätze: Die einpaarige „Wochenzeitung“ 25 Pf., Familienausgaben 30 Pf., Anzeigenpreise 15 Pf. Anzeigenannahme im Saalgeschäft. Wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor. / Verantwortlich für Inhalt: Rudolf Brenneke; Schriftf. H. Klingelbier; Geschäftsführer: J. Steiner; Redaktionsleiter: Herbert Reper; Colores und Gouaches: Fritz Karsch; Anzeigen: Otto Frensch; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 2.

WERTHEIM Heute billige Lebensmittel

Einige Beispiele:	Ochsensuppenfleisch 48 Pf.	Kalbsskamm 48 Pf.	Maränen frisch 14 Pf.	Bücklinge 20 Pf.	Rosenkohl 2 25 Pf.	Tafeläpfel 2 35 Pf.	Margarine 3 78 Pf.	Mettwurst (Braunschwarz) 95 Pf.
-------------------	----------------------------	-------------------	-----------------------	------------------	--------------------	---------------------	--------------------	---------------------------------

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater
Dienstag, den 29. November
Staatsoper Unter den Linden
19 Uhr
Die Meistersinger von Nürnberg

Staatliches Schauspielhaus
29 Uhr
Nathan der Weise

Winter Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erlaubt.
Birkmeyer und sein Wiener Ballett
3 Arconas, 2 Burley's
Hans Kolischer, 10 Brox,
Yra & Ottare usw.

Deutsches Theater
Weidend. 3201
Heute geschloß
Donnerstag, 8 Uhr
Premiere Harmonie
von Franz Molnar
Inszen. Max Reinhardt

Stettiner Sänger
Reichsballen-Theater
8,15 Sonntag 3,30
zu ermäßigten Preisen.
Melodie des Glücks
und das November-Programm

Schiller
Bismarckstr. (Kale)
Steinpl. (C1) 571a
8½ zum 48. Male
Robert und Bertram
Alfred Braun,
Paul Heidemann,
Senta Söneland
Stg. 4. Dez. 11½
Literarisches Nationales
Zeitungsmotizen
von E. Kalkowsky
Dt. 6. Dez. 4 Uhr
Alfred Braun
Dr. Julliffes Abenteuer
Kleine Preise

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
D 2 Weidend. 4304-05
8½ Uhr
Kasimir und Karoline

Kabarett für Alle
4 Uhr Täglich 2-9 Uhr
Das sensationelle Kabarett-Programm
Abendpreise 1-3 Mk.
Nachm. Gedock 1,25
Jeden Sonntagabend 11½ Uhr: Nachtvorstellung

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weidend. E 1 3422
8,15 Uhr
Der **Zigeunerbaron**

SCALA
Täglich 5 u. 8½ Uhr
Morgen letzter Tag!
BUSTER WEST
Der komische
Tänzer der Welt
CONCELLOS
Die Könige d. Luft
MAX ADALBERT
FR. GRÜNBAUM
usw.

PLAZA
1 u. 8½, 9½, 2, 5, 8½ u.
Nur noch 3 Tage!
Die Bajadere

VOLKSBUHNE
Theater am Bülowplatz
D 1, Norden 2044. Täglich 8½ Uhr
FANNY
von Marcel Pagnol
Deutsch von Bruno
Frank - Regie: Heinz Hilpert
Dorsch, Tiedtke, Valenti, Siedel, Verhoeven, Stein, Almas

Kammerspiele
Täglich 8 Uhr
Letzte 3 Vorstellungen
Michael Kramer
von Gerhard Hauptmann
Klöpper, Melzer,
Friesch, v. Platen,
Kaiser,
Liebeneiner

HAUS WATERLAND
Das Restaurant
Berling
BETRIEB KEMPINSKI

Deutsches Künstler-Th.
Nürnberger Str.
Tel. Bavaria 6466
Tägl. 8½ Uhr
Leopoldine

Haben Sie den „Villiger“ jetzt versucht?
Villiger-Raucher wissen, daß dieser Stumpfen etwas Apartes an sich hat. Ueberzeugen Sie sich aber selbst. Versuchen Sie einen Villiger zu 8, 10 oder 15 Pfg. das Stück und vergleichen Sie ihn kritisch mit der Marke, die Sie bisher rauchten. Dann finden Sie es selbst heraus: Stumpfen und Stumpfen sind zweierlei.

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Dienstag, 29. Nov.
20 Uhr
Turnus III
„Martha“
Ivöglin, Zador,
Pataky, Andrésen,
Hazel
Dirigent: Ladwig

Theater i. d. Stresemannstr.
Täglich 8½ Uhr
Zu wahr, um schön zu sein
v. G. B. Shaw
Moissi, von Thellmann, Bertens,
Evans, Otto, Sima,
Wiemann, Deppe,
de Kowa.

CASINO-THEATER
Lothringer Straße 37.
Auch Sonntag 4 Uhr
Nur noch wenige Aufführungen
Die Liebe blüht in Werder
Volksstück mit Gesang und Tanz
Für die Leser Gutschein 1-4 Personen,
Parkett 0,50, Parquet II 0,75, Sessel 1,25 M.

Renaissance-Th.
Steinpl. 6780
Täglich 8½ Uhr
Lieber 225 u.
Truppe 1931
Die Mausefalle
Mittw. u. Sonnab. 4 Uhr
Schneeewittchen

Theater des Westens
Steinpl. 5121
Täglich 8½ Uhr
Der Sonnenanbeter
Katharina

Theater im Admiralspalast
Merkur 9901
Täglich 8½ Uhr
Hans Albers
Liliom

Lessing-Theater
Täglich 8½ Uhr
Grete Mosheim
Oskar Homolka
in
Pygmalion

B. B. B.
Sendow's Baute Büro
Kathariner Straße 9
Oberbaum 2560
Trüber „Elite“-Sänger
„Hier können Familien
Kaffee kochen“
Tgl. 8½ u. Sonn. nachm. 3½
Preise von 50 Pf. an

Metropol-Theater
Täglich 8½ Uhr
Früh
Maffary
in
Eine Frau, die weiß,
was sie will!

Villiger-Stumpfen sind etwas Besonderes!
Preislagen 8, 10 und 15 Pfg.
Fabrik-Lager Hedemannstr. 22. Bergm. 3790

Jugend sichert eine Stadt

Freiwilliger Reichsbanner-Arbeitsdienst in Forst i. L.

Das Gesetz zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes vom Jahre 1931 hat die Möglichkeit geschaffen, junge Menschen nach ihrem eigenen Willen zeitweilig aus ihrem unfreiwilligen Nichtstun herauszunehmen und sie einer Beschäftigung zuzuführen, die sinn- und zweckvoll ist und doch den auf Arbeit, Lohn und Brot Wartenden keine bezahlte Arbeit wegnimmt. So kommt als Arbeit bzw. als Beschäftigung nur solche in Frage, für die keine hinreichenden Mittel zur Verfügung stehen, um sie in regelrechter voll bezahlter Erwerbsarbeit ausführen zu lassen.

In einer solchen Lage befand sich z. B. die unweit Cottbus liegende, durch ihre große Textilindustrie bekannte Stadt Forst in der Lausitz. Die Stadt liegt an der Spitze, einem allgemein ruhigen und ungefährlichen Flüsschen, das sich aber nach Wolkenbrüchen, die in dem Gebiet seines Oberlaufs niedergehen, in einen reißenden Strom verwandelt und die Stadt Forst wiederholt gefährdet hat. Das bisherige Flußbett war nicht imstande, die Wassermassen aufzunehmen. Die niedrig gelegene Stadt wurde übersutet. Große in den Kellern der Fabriken lagernde Rohmaterialien und Fertigfabrikate wurden verdorben. Der Schaden war ungeheuer. Eine Möglichkeit, das Flußbett aus städtischen Mitteln zu regulieren, bestand nicht. So kam die Stadtverwaltung, in der auch sozialdemokratischer Einfluß stark spürbar ist, auf den Gedanken, diese dem Allgemeinwohl dienende Arbeit im freiwilligen Arbeitsdienst ausführen zu lassen. Es gilt, nicht weniger als 175 000 Kubikmeter Boden zu bewegen. Das bedeutet einen Erdwürfel von 56 Meter Länge, 56 Meter Breite und 56 Meter Höhe, oder den Rauminhalt von 35 Berliner vierstöckigen Mietshäusern. Die Arbeiten werden von zwei geschlossenen Arbeitslagern des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgeführt. Das eine von diesen Lagern mit einer Gesamtbelegschaft von 134 Jugendlichen wird von der Gauleitung Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold durchgeführt, es steht unter der Oberleitung des Gauvorsitzenden, Kameraden Reidhardt, und des Gausekretärs, Kameraden Richard Küster, und untersteht der unmittelbaren Beaufsichtigung des Lagerleiters Georg Kössler und des Sportleiters Berthold Lindner. Die Berliner sozialistische und republikanische Presse hatte jetzt Gelegenheit, das Lager zu besichtigen.

134 junge Menschen, zum allergrößten Teil aus der märkischen Niederlausitz, sind hier zusammengelassen. Es herrscht selbstverständlich Ordnung und Disziplin. Regelmäßiges Aufstehen und Zubettgehen. Fünf Tage wird gearbeitet, täglich sechs Stunden. Vier Stunden gehören dem Sport und der geistigen Ausbildung, der Rest der Ruhe und der Freizeit. Der sechste Tag, der Sonntagabend, ist arbeitsfrei und dient der Instandsetzung der Arbeitsgeräte und der eigenen Sachen. Die Verpflegung wird täglich von der lobenswerten Forster Volksschule geliefert. Außerdem ist eine Gulaschkanone da zum Kochen von Kartoffeln, Suppen, Kaffee und Sondergerichten. Untergebracht ist die Gruppe in einer massiven ehemaligen Scheune, die zeitgemäß ausgebaut und hergerichtet ist. Alles ist sehr einfach, fast primitiv, aber äußerst sauber und zweckmäßig. Jeder Jugendliche hat einen kleinen Schrank. Daß jeweils, zur Raumnutzung, zwei Betten übereinanderstehen, macht

der Jugend nichts aus. 20 Wochen, also nahezu fünf Monate, kann sich der Jugendliche hier aufhalten, länger nicht.

Und nun kommt etwas, was der Außenstehende zuerst unbegreiflich findet. Die allermeisten mögen, wenn die Zeit um ist, nicht weg. Die Gemeinschaft, die Kameradschaftlichkeit hat sie so gepackt und zusammengeschweißt, die Aussicht, wieder in das trostlose Milieu der körperlich und seelisch ausgetriebenen, zerrissenen Familie zurück zu müssen, vor den Arbeitsämtern, an den Strafbeden, auf den Plätzen wieder herumzustehen, schreckt sie dermaßen, daß sie dieses einfache aber ordentliche und nach sozialen und gesundheitlichen Grundfragen geregelte Leben allem anderen vorziehen. Eines sei ausdrücklich betont:

Es gibt nichts, was nach Kaserne und Drill riecht. Morgens, wenn die Gruppe auf dem Hof steht, wird die schwarzrotgoldene Fahne gehißt, abends wird sie eingeholt und 134 Augenpaare heften sich an das Tuch, das Symbol eines freien sozialen Volksstaates.

Als der Gauleiter, Kamerad Reidhardt, einige Worte zum Gruß sprach, war es mausestills, aber als er der Schar eine mitgebrachte Spende ankündigte, war der Bann gebrochen und helle Jurahe, frohes Lachen, Scherze, waren mit einem Male überall. Man gewann die Ueberzeugung: Diese Jugend ist bei uns, bleibt bei uns, wirbt für uns, arbeitet, wirbt und kämpft aber auch für sich und ihre eigene und damit für eines freien Deutschlands Zukunft.



Heim des Freiwilligen Reichsbanner Arbeitsdienstes in Forst i. L.

Der gute Kamerad

Zwei Schupos vor Gericht

Am 19. Juni ging durch die Presse eine kurze Notiz über einen tragischen Vorgang im Hause Friedrichstr. 110. Die Polizeibeamten L. und H. hatten ihren Kameraden M. in der Vermutung, einen Einbrecher vor sich zu haben, durch drei Kugeln tödlich verletzt. Die Staatsanwaltschaft erhob Anzeige gegen L. wegen fahrlässiger Körperverletzung, gegen H. wegen fahrlässiger Tötung. Gestern fanden beide vor der Strafkammer des Landgerichts I. Tief gedrückt: M. war nicht nur ihr Kamerad, er war auch H.'s bester Freund. Aus seiner Waffe kamen aber die drei tödlichen Kugeln. Wie hatte sich das Ganze zugezogen?

Eine Frau sitzt gegen 5 Uhr nachmittags in ihrer Wohnung auf Einbrecher. Sie alarmiert die Polizei; drei Beamte eilen zum Tatort. M. soll am Hintereingang den Posten beziehen, L. und H. durch den Vordereingang in die Wohnung einbringen. Sie stehen da und lauschen. In ihr Ohr schlägt ein Geräusch. *Uha, die Einbrecher! „Polizei, öffnen oder wir schießen.“* Keine Antwort. Ein Schreckschuss. In der Wohnung laublose Stille. Was haben die Einbrecher vor? Lauern sie etwa auf den Augenblick, um von der

Schuhwaffe Gebrauch zu machen? Drei Beamtenkugeln durchschlugen die Tür. Ein Körper schlägt auf den Boden auf; ein Köhlein, die Beamten öffnen die Tür, vor ihnen liegt M. von drei Kugeln durchbohrt. Wieso war er zur Zielscheibe seiner Kameraden geworden? Das erfuhr man von ihm selbst, kurz vor seinem Tode im Krankenhaus. Er fand den Hintereingang offen, mit aller Vorsicht betrat er die Wohnung, sie war leer. Die Einbrecher hatten sich verflüchtigt. Das Geräusch an der Eingangstür rührte von ihm. Wie sollten seine Kameraden das ahnen? Sie wählten ihn auf dem Posten an der Hintertür. M. hörte die Warnung: *Polizei, öffnen oder wir schießen.* Er rief zurück: *Ernst, ich bin das!* Die beiden Beamten hatten das überhört. Der Schreckschuss verletzete M. in einen Schockzustand, er war weder imstande, einen Laut von sich zu geben, noch sich vom Platz zu bewegen. Im nächsten Augenblick trafen ihn die drei Kameradenkugeln.

Hatten die beiden unglückseligen Schuposchützen im Rahmen ihrer Dienstvorschriften gehandelt? Ihr Vorgesetzter sagte vor Gericht: Ja. Der Staatsanwalt sagte: Nein. Sie hätten die

Dienstvorschriften überschritten; es sei nicht erforderlich gewesen, sofort scharf zu schießen. H. sei sechs, L. zu zwei Monaten Gefängnis zu verurteilen. Das Gericht sprach beide frei: Sie hätten wohl im Rahmen ihrer Befugnisse gehandelt. M.'s Tod sei nicht mehr als die Berrettung unglücklicher Umstände.

Der tragische Vorgang am 18. Juni im Hause Friedrichstr. 110 sollte aber nicht nur für diese beiden Beamten für alle Zukunft eine Warnung sein, allzu voreilig von der Schuhwaffe Gebrauch zu machen.

Todeschuß in Notwehr

Blutiger Zwischenfall in der Brockensammlung

In den Räumen der Brockensammlung in der M e r k l e s t r. 52 im Norden Berlins spielte sich gestern am frühen Nachmittage ein blutiger Zwischenfall ab. Im Verlaufe eines Handgemenges wurde der 26 Jahre alte Karl M e r k l e von einem Kriminalbeamten des zuständigen Polizeireviere durch einen Schuß niedergestreckt. Schwerverletzt wurde M. ins nahegelegene Lazaruskrankenhaus übergeführt, wo er bald nach seiner Einlieferung gestorben ist.

M. hatte in der Brockensammlung einen jungen Mann mit einer Pistole bedroht. Der Bedrohte lief zum Polizeirevier und bat um Schutz. Ein Kriminalbeamter wurde daraufhin nach der M e r k l e s t r. 52 entsandt. Um möglichst wenig Aufhebens von der Sache zu machen, wurde M e r k l e in das Büro bestellt. M. überließ aber sogleich die Situation und zog einen Trommelrevolver. Der Beamte schlug ihm die geladene Waffe sofort aus der Hand. Jetzt wurde M. gegen den Beamten tödlich und verjagte ihm einen schweren Fausthieb gegen den Kopf. Als der Kriminalbeamte einige Schritte zurückwich, griff M e r k l e erneut in die Tasche und erweckte damit den Anschein, daß er noch eine zweite Pistole bei sich trage. Mit der rechten Hand in der Hosentasche drang M. abermals auf den Beamten ein, der nun seine Dienstwaffe zog und seinen Gegner durch einen Brustschuß niederstreckte. Die Verletzung war so schwer, daß M. einige Zeit später im Krankenhaus starb.

Ueber das, was dem Zusammenstoß mit dem Kriminalbeamten vorhergegangen war, wird jetzt folgendes bekannt: Vor wenigen Tagen war der Landarbeiter M e r k l e aus Württemberg nach Berlin gekommen und fand in dem genannten Heim Asyl. Gestern früh trat dort eine Postkarte für ihn ein, die ihm von außerhalb nachgeschickt worden war. Eine Anzahl junger Leute teilte ihm darauf folgendes mit: *„Daß dich gar nicht wieder bei uns sehen! Wir sind alle froh, daß wir dich los sind.“* M e r k l e trank nach Empfang der Karte, anscheinend aus Wut, in einem Lokal mehrere Glas Bier und kam dann ins Heim zurück. Andere Heiminsassen, die die Karte auch gesehen hatten, rühten von M e r k l e ab, weil sie nach der Karte annehmen mußten, daß mit ihm etwas los sei. Als dann M. mit einem Heiminsassen in Streit geriet, entwickelte sich alles weitere wie geschildert. Die Notwehr des Kriminalbeamten, der von dem sich wie wild gebärdenden M e r k l e fortgesetzt angegriffen wurde, scheint ohne Zweifel zu sein.

„Atten und Menschen.“ Am Dienstag, dem 29. November, von 19.45 bis 20.15 Uhr sendet die „Deutsche Welle“ ein Dreigespräch mit dem Titel „Atten und Menschen“. Angestellte aus Berliner Wohlfahrtsämtern werden über ihre persönlichen Beziehungen zum Publikum berichtet. Die interessante Sendung wird einen Einblick in das Arbeitsleben der Wohlfahrtspflege gewähren.



Wir schätzen anspruchsvolle Raucher,

weil wir wissen, daß sie mit unserer guten

JUNO

100 prozentig zufriedengestellt werden.

Geschmack und Bekömmlichkeit bleiben stets das Entscheidende,

niemals aber Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickerereien, auf die jeder Kenner verzichtet.

Leistung + Sachlichkeit = Juno!



Bergmanns Ende

Vier Tage Todeskampf

Im Aedensflöz der Dehrbrück-Seche bei Hindenburg war seit Donnerstag der Zücker Boithowski eingeschlossen. Am Freitagabend war er bis auf die von einer mächtigen Steinplatte eingeklemmten Füße freigelegt. Bevor ihn die Rettungsmannschaften befreien konnten, ist er gestorben.

Wir haben über das Bergwerkunglück bei Hindenburg berichtet, dem außer dem jetzt Verstorbenen noch vier Bergleute zum Opfer gefallen sind. Die Tragödie der Arbeit, die sich in Hindenburg abgespielt hat, ist besonders ergreifend. Die Rettungsmannschaften hatten in tagelanger unermüdblicher Arbeit ihren Kumpel Boithowski nahezu aus dem Gemüth von prallen Felsstücken und zusammenbrechenden Balken befreit. Nur noch die Füße waren gefesselt. Man arbeitete... man arbeitete fieberhaft. Die Rettungsmannschaft, die auf einem Umgehungswege dieser grausamen Steinplatte nahekommen wollte, glaubte bereits in allernächster Nähe des Bergmanns zu sein. Die Männer hatten in der bröckeligen Kohlschicht mit einem Droht vorge-

fühlt und meinten, die Beine ihres Kameraden bereits in etwa einem halben Meter Entfernung gefühlt zu haben. Sie drangen weiter vor. Jetzt muß es doch glücken, jetzt sind wir doch am Ziel! Und dann: Gerade als sie der Ueberzeugung waren, ihr Rettungswerk mit Erfolg beendet zu haben, traf sie die erschütternde Nachricht, daß der Bergmann Boithowski gestorben war.

Noch gestern abend waren dem Berunglückten zur Stärkung Wein und Kefel gereicht worden, die er auch zu sich nahm. Auch sonst waren alle Sicherungsmaßnahmen getroffen worden, so daß zum mindesten sein Oberkörper nach menschlichem Ermessen außer Gefahr schien. Aber der Blutverlust aus den Füßen des Festgeklemmten muß so stark gewesen sein, daß Herzschwäche eintrat und zum plötzlichen Tode führte. Vielleicht nur eine Dreiviertelstunde hätte daran gefehlt, und der Bergmann Boithowski wäre befreit worden!

Die Rettungsmannschaft hat den noch Lebenden nicht bergen können. Sie arbeitet jetzt daran, die vier Toten, die noch unten liegen, zur Oberfläche zu schaffen.

Gegen die Schulreaktion

Im Plenarsitzungsraum des Reichswirtschaftsrats fand vom Landesverein der Preussischen Gewerbe- und Handelslehrerschaft eine Kundgebung gegen die Zerstückelung des beruflichen Schulwesens statt. Der Vorsitzende Stelaff wies die schweren Gefahren nach, die in der Verordnung zur Bereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932 enthalten sind, durch die u. a. wichtige Zweige des beruflichen Schulwesens mit ausgesprochenem Hochschulcharakter, vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit abgetrennt und dem Unterrichtsministerium zugewiesen worden sind. Folgende Entschließung wurde angenommen:

Die Teilnehmer an der öffentlichen Kundgebung des Landesvereins der Preussischen Gewerbe- und Handelslehrerschaft gegen die Zerstückelung des beruflichen Bildungswesens erheben schärfsten Einspruch gegen die durch die preussische Verwaltungsreform geschaffene unhaltbare Zersplitterung auf dem Gebiete des beruflichen Bildungswesens. Sie fordern die unverzügliche Wiedereinbeziehung der an das Unterrichtsministerium abgegebenen Handelshochschulen, Höheren Fachschulen für Frauenberufe und Haushaltungsschulen in den Verwaltungsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, wo sie mit den dort verbliebenen Berufsschulen einer selbständigen Schulabteilung zu unterstellen sind.

Im Lehrervereinshaus hielten die Reichsverbände der deutschen Lehrer- und Lehrerinnenchaft unter dem Vorsitz von G. Wolff eine Kundgebung ab gegen den Abbau der akademischen Lehrerbildung. Der Vorsitzende führte aus, daß, als die Nationalversammlung die akademische Lehrerbildung beschloß, ein großer pädagogischer Enthusiasmus einsetzte, der Erfolge errang. Und auch heute muß der Mut zum Troß gearbeitet

werden, um produktive Kräfte freizubekommen. In Baden und Thüringen ist die Bildung schon zurückgeschraubt worden, jetzt soll das gleiche in Preußen geschehen. Eine Entschleunigung der Versammelten richtet an das deutsche Volk und die deutsche Öffentlichkeit die dringende Mahnung, sich schützend vor die gefährdete Lehrerbildung zu stellen. Es gilt, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß die gemäß Artikel 143 der Reichsverfassung in deutschen Ländern geschaffenen Formen der Lehrerbildung trotz der wirtschaftlichen Nöte der Zeit erhalten bleiben. Die Bildung der breiten Volksmassen, von der in weitestem Maße der wirtschaftliche Wiederaufstieg und der geistige und sittliche Hochstand des deutschen Volkes abhängt würde aufs schwerste beeinträchtigt werden, wenn statt eines sachdienlichen weiteren Ausbaues der seit 1922 geschaffenen Einrichtungen für die Lehrerbildung eine Verkümmerng oder gar ihre Beseitigung eintreten sollte. Die hierauf abzielenden Bestrebungen sind um so unverständlicher, als Sparmaßregeln für die Zerstückelung der neuen Lehrerbildung, deren Kosten, wie wiederholt nachgewiesen ist, erheblich geringer sind, als die der früheren Seminarbildung, nicht geltend gemacht werden können.

Gymnasiast verschwunden!

Wieder einmal wird das Verschwinden eines Gymnasiasten bekannt. Es handelt sich um den 15jährigen Obererzianer Reinhard Lange aus der Mariannenstraße 29 in Lichterfelde-Df. Der 15jährige, ein sehr begabter Junge, dem auch von seinen Lehrern das beste Zeugnis ausgestellt wird, ist seit dem 14. November spurlos verschwunden. Reinhard L. entzerrte sich an dem

betreffenden Tage aus der Wohnung seiner Eltern, ohne mit einem Wort zu sagen, was er vorhabe. Seitdem hat ihn niemand mehr gesehen. Da der Schüler auch mit seinen Eltern im besten Einvernehmen lebte und man keinen Grund für sein Verschwinden findet, sind die Angehörigen aufs äußerste besorgt. Die Kriminalpolizei hat bisher nach dem Schüler vergeblich geforscht!

Tragödie um einen Arzt

Starrkrampfbazillen eingespritzt

Aus Hamburg wird über einen Selbstmordversuch eines Arztes berichtet, der vielleicht einzig dastehend ist: Der Leiter des Laboratoriums Küste-Enoch, Dr. Enoch, hat sich wirksame Starrkrampfbazillen eingespritzt. Man rechnet mit seinem Tode.

Dr. Enoch sollte auf Grund schwerster Vorwürfe verhaftet werden. Er wird beschuldigt, Heilmittel hergestellt zu haben, die er unter Umgehung der gesetzlichen Kontrolle verschickte. Die Bleiplomben der Packungen soll er mit einer eigenen Plombenzange gefälscht haben. Der Inhalt der Packungen soll, so sagt die Anzeige, nicht vorchriftsmäßig hergestellt gewesen sein und den Patienten schweren Schaden zugefügt haben. Weiter soll Enoch Fleisch von Pferden, die für Impfvorläufe benutzt waren und dann verrotten, verkauft haben. Dieses Fleisch, so heißt es, sei von ihm als für menschliche Ernährung geeignet bezeichnet worden. Als man zur Verhaftung Dr. Enochs schreiten wollte, fanden die Kriminalbeamten den Arzt in besinnungslosem Zustand vor. Man entdeckte an seinem Arm eine kleine Wunde. Die sofort eingeleitete ärztliche Untersuchung führte zu der Feststellung, daß sich der Arzt selbst eine Starrkrampfinjektion beigebracht hatte. Enoch wurde ins Hamburger Hafentrankenhaus übergeführt; sein Zustand gilt als hoffnungslos.

Tod in der Feuerwehrtwache

Im Wachraum der Feuerwehrtwache in Brigg ereignete sich gestern ein tragischer Vorfall. Der 40 Jahre alte Oberfeuerwehrmann Gattlob Gairing aus der Chausseestraße 58 in Brigg wurde plötzlich von heftigen Herzkrämpfen befallen und sank leblos auf seinem Stuhl zusammen. Der sofort hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Der Beamte stand genau 13 Jahre im Dienst der Feuerwehrtwache und war bei seinen Kollegen und Vorgesetzten wegen seiner Tüchtigkeit und seines kameradschaftlichen Verhaltens außerordentlich beliebt. Der Verstorbene hinterläßt Frau und drei unmündige Kinder.

Kommunistischer Geheimsender

Der kommunistische Geheimsender, der vor einiger Zeit unerlaubte Propaganda trieb und jetzt etwa vierzehn Tage hindurch nicht mehr vernehmbar war, hat am Montagmittag zwischen 1/2 und 2 Uhr nach Beobachtungen, die in verschiedenen Berliner Stadtteilen und auch in der Umgebung Berlins von Funkhörern getroffen wurden, seine illegale Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Nachforschungen der Polizei und der Funküberwachungsstelle des Reichspostzentralamts haben bisher zu einer Entdeckung des Geheimsenders noch nicht geführt.

In wenig Worten

In ihrer Wohnung in der Ruppiner Str. 6 in Berlin N. versuchten sich gestern der 53jährige Hausdiener Friß Kiemer und seine um ein Jahr jüngere Frau Anna durch Gas zu vergiften. In bedenklichem Zustande wurden beide von der Feuerwehr ins Virchow-Krankenhaus gebracht. — Aus noch unbekanntem Grund vergiftete sich der 19 Jahre alte Wilhelm B. in der Wohnung seiner Eltern in der Taurogener Str. 44 in Charlottenburg durch Gas. Als die Feuerwehr kam, war der junge Mensch bereits tot.

Das Berliner Kammergericht verurteilte den Arbeiter Paul Grzeskowiak wegen verübten Verrats militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Zuchthaus. Der Verurteilte hatte Beziehungen zu polnischen Nachrichtenstellen angeknüpft.

Der Berliner Firma Herpich u. Söhne sind Kery, Biber- und Perlanerfelle im Werte von 60 000 M. gestohlen worden; sie hat auf die Wiederbeschaffung der Sachen eine Belohnung von 6000 M. ausgesetzt.

In der Tüfter Straße in Breslau wollte ein Verkehrsomnibus einem vorchriftswidrig fahrenden Radfahrer ausweichen, fuhr gegen den Chausseestein und schlug um. Der Radfahrer wurde dennoch überfahren und getötet. Elf Insassen des Omnibus wurden zum Teil schwer verletzt.

Der bei dem Unfall auf der Seilbahn auf der Schwanenbahn in Freiburg i. Br. am Sonnabend schwer verletzte britische Staatsangehörige Willi Kühnthal aus London ist am Montag gestorben. Damit hat der Unfall drei Todesopfer gefordert.

Ein Motorradfahrer aus Wehrheim im Taunus fuhr in voller Fahrt gegen eine Dreifachmaschine. Bei dem Zusammenprall wurde der Benzintank des Rabes zertrümmert, der Inhalt des Tanks ging in Flammen auf und der Fahrer, der unter das Rad gekommen war, verbrannte.

Immer wieder Giftgas

Panik in der Universität Halle

Halle, 28. November.

In einem Hörsaal des Physiologischen Instituts der Universität Halle ereignete sich kurz vor Beginn der Vorlesung ein aufregender Vorfall.

Als man damit beschäftigt war, einige Stahlflaschen, in denen sich noch Reste von Phosgen befanden, versandfertig zu machen, wurde eine Flasche aus ungeklärter Ursache undicht. Das außerordentlich giftige Phosgen gas, das, wie man sich, vor einigen Jahren auch in Hamburg ein entsetzliches Unglück herbeigeführt hatte, strömte aus und verbreitete sich sehr schnell im Hörsaal, der von den Studenten fluchtartig verlassen wurde. Der Feuerwehr, die mit schwerem Gaslöschgerät vorging, gelang es, das Ventil abzudichten und so jede weitere Gefahr zu beseitigen. Gesundheitlichen Schaden hat niemand erlitten. Das Institut ist für den ganzen Tag geschlossen worden. Seine Wiedereröffnung wird von einer Nachprüfung abhängig gemacht.

Gas der Brennstoff heute und morgen!

Askania Gasgeräte	Gute Gasgeräte fertigen:	Homann-Werke Gasherde Gaskocher
Junker u. Ruh A.G. Gaskocher Gasherde	Junkers Gasbadeöfen und Heißwasserbereiter	Küchenwunder Back-Brat- und Dünstapparate
Küppersbusch Gaskoch- und Heizapparate	Meurer-Prometheus Haller Gasgeräte	Progas Deutsche Gasgeräte Gesellschaft

Kostenlose Beratung durch Hausdienst der Gasag
Berlin C2. Neue-friedrichstr. 109 fernruf: C2. Kupfergraben 0013
sowie durch alle Installateure, Eisenwaren- und
sonstigen Fachgeschäfte mit dem



GASAG-ZEICHEN

Schaufensterstürmer Steine gegen Zeitungsfilialen

In den gestrigen Abendstunden wurden auf dem Wedding, auf dem Gesundbrunnen und in Neukölln zahlreiche Schaufensterreklamen der Zeitungsfilialen von Wille und Scherl durch Steinwürfe zertrümmert. In einem Falle wurde am Hermannplatz sogar eine Lichtreklame zerstört. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen handelt es sich bei den Fensterstürmern zweifellos um Kommunisten. Die Wurfgeschosse waren mit rotem Tuch umwickelt, in denen sich Zettel mit der Aufschrift befanden: „Nieder mit dem Verbot der „Roten Fahne“! Die Täter konnten sämtlich entkommen. Da die „Aktionen“ in den verschiedenen Stadtteilen zur gleichen Zeit vor sich gingen, scheint es sich um eine vorbereitete Angelegenheit zu handeln.

30000 Mark veruntreut Betrug an Großschlächtereien

Umfangreiche Durchforschungen bei den Großschlächtereien von Rudolf Hanka in der Brauhausstraße in Weißensee sind jetzt aufgedeckt worden. Der Ungetreue ist ein 52 Jahre alter Schlächtermeister Bernhard Brose aus der Zelterstraße, der nach seinem Geständnis in den letzten 2 1/2 Jahren etwa 30000 Mark veruntreut hat.

Brose steht seit über 20 Jahren mit der Firma Hanka in Geschäftsverbindung. Er hat dort auch als Geselle gelernt. Ihm wurde die Verkaufsstelle auf dem Viehhof übertragen. Als durch die Ungunst der Zeit und dadurch, daß vor Jahren eine zweite Verkaufsstelle dort eingerichtet wurde, seine Einnahmen zurückgingen, verfiel er zunächst auf die Idee, durch Betrug einen Ausgleich zu schaffen. Er kaufte sich unter anderem auch ein Rennpferd.

Not der Waisen

Waisenhaus-Leiter im Rathaus

Unter Teilnahme von Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Jugendpflegeorganisationen und der Jugendgerichte begann im Stadtverordnetenitzungsaal des Berliner Rathauses die erste Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Waisenhausleiter.

Nach den Begrüßungsansprachen, darunter der

des Bürgermeisters C. F. S. im Namen der Stadt Berlin, hielt Direktor Würz vom Ostseehelms den ersten Vortrag über das Thema „Waisen in Not — im Spiegel der Pädagogik“. Er betonte, daß die Waisen einer besonders gearteten Fürsorge bedürfen, die nicht mit der Fürsorgeerziehung und ihren besonderen Aufgaben verwechselt werden darf. Er wandte sich deshalb vor allem gegen die Verordnung vom 4. November, die ausschließlich von finanziellen, aber nicht von pädagogischen Gesichtspunkten ausgeht und daher schwerste Gefahren für die moderne Waisen-erziehung in sich birgt.

New York 10 Grad Kälte Not unter den Erwerbslosen

New York, 28. November.

Der Winter legt in diesem Jahr ungewöhnlich früh ein. In New York sank das Thermometer in der letzten Nacht bis auf 10 Grad unter Null. Zwei Erwerbslose wurden erfroren aufgefunden. Die privaten Hilfsorganisationen, wie z. B. die Heilsarmee, teilen mit, daß alle Barmhäuser und Notquartiere bis zum letzten Platz besetzt sind. Viele Tausende können keinen Unterschlupf mehr finden. Man rechnet für den Winter mit furchtbarem Elend. Die nach dem warmen Süden fahrenden Seerachtszüge nehmen Zehntausende von Erwerbslosen mit.

Der Wintersturm hat im Schiffsverkehr zu großen Verspätungen geführt. Mehrere Dampfer, darunter der Stunddampfer „Stuttgarter“, kamen mit halbtägiger Verspätung an.

Sturm über England

London, 28. November.

Während des Sonntags und in der Nacht zum Montag wütete ein starker Sturm über Nord- und Mittelengland der teilweise eine Stundengeschwindigkeit von 110 Kilometer erreichte. Der Dampfer „Britannic“ traf erst mit 24 Stunden Verspätung in Liverpool ein. An einigen Stellen in Schottland kam es zu Schneestürmen, die den Verkehr teilweise sehr stark behinderten. Bei Inverness mußten 12 stunden gebliebene Kraftwagen von den Insassen verlassen werden, die ihre Reise zu Fuß fortsetzten.

Amerika von heute. Vom Dienstag, dem 29. November, ab, läuft im Planetarium am Zoo der Großfilm „Amerika von heute“. Wir sehen New York und Chicago, die beiden Riesen unter

den amerikanischen Großstädten, dann Boston, Detroit, Pittsburgh und schließlich auch die Hauptstadt Washington. Der Film behandelt auch die brennenden Bevölkerungsfragen der Juden, Chinesen, Japaner und der Neger. Die Vorführungen finden täglich, außer Romags, um 3, 5, 7 und 9 Uhr statt.

Casino-Theater: Die Liebe blüht in Werder. Diesmal hat Vater Berg aber entschieden einen allzu tiefen Griff in die Notenkiste getan. Es soll damit nicht gegen das Volksstück zu Felde gezogen werden, im Gegenteil, das hat gerade in diesem Theater seine berechnete Bleibe. Bloß es darf nicht allzu antiquierter Kitsch geboten werden, wie ihn dieser Herr v. d. Bede uns serviert. Solch Gemisch von wellenblauer Romantik und knüppelhaft aufgetragenem „Urwüchsigkeit“ lehnen wir ab. Den einzigen Lichtblick in diesem finsternen Lokalfolklorit bot die feste Stubenplanze Guste (Rally Schmelzer), die mit wirklich urwüchsigem Humor ihre Quadratschnäuzchen in Schwung setzte und ihrem Liebsten bei einem mehr als forschigen Ritzdörfer als Partnerin assistierte. Ansonsten gab es Gartenlaubromantik vom schlichten Mädel aus dem Volke, das hoch hinaus will. Ewald Fister als kesser Tischlermeister, Elise Müller als das hochhinausstrebende Nachsteilchen (hoch nein), Edith Biegel als frischer Stief am brodelnden Beintopf taten ihr Bestes. Eine gute Tappe Angela Scherrer als schwäbelndes Hausfaktotum.

Photo-Jahreskarte des Zoo. Einem weitgehenden und oft geäußerten Wunsch der Amateurphotographen entsprechend, führt der Zoologische Garten vom 1. Dezember d. J. ab eine Photo-Dauerkarte ein, die für ein ganzes Jahr zu photographischen Beobachtungen im Zoo berechtigt und zum Preise von 5 Mk. im Verwaltungsbüro des Zoologischen Gartens, Rudolfsplatz 9, zu haben ist. Die Einrichtung der Photo-Erlaubnisheine für je 50 Pl., die nur für den jeweiligen Zoobesuch gelten, bleibt bestehen.

Neue Kassenstunden bei der Bewag. Infolge Arbeitszeiterkürzung werden die Kassen der Bewag Mittwoch und Sonnabend um 12 Uhr, die übrigen Büros Mittwochs und Sonnabends um 13 Uhr geschlossen.

Original - Befema Patentmatratzen / Ruhebetten Couchs mit Befema-Federung

Patent-Drehbett (D.R.P.) ein Griff in ein Bett, sowie das neue Holzbett mit Befema-Federung sind vollkommen geräuschlos! — Kein Einliegen. Für schwerste Belastung. Ueberall erhältlich. 20 Jahre Garantie.

Beri. Federmatratz.-Fabrik, Köpenickerstr. 31

Homöopathie

Nieren-, Blasen-, Leber-, Gallen-, Magen-, Darm-, Lungen- u. Nervenleiden. Münchenerstr. 9

Behandlung durch L. Lösch (10-2, 4-7, 50d. 1)

Aus der Partei

Wem Hubert Vliegen ist letzten 70 Jahre alt geworden. Er gehört zu den Pionieren der holländischen Arbeiterbewegung. In seiner Jugend Buchdrucker, wurde Vliegen bald einer der führenden Parteijournalisten. 1909 bis 1915 gehörte er der Zweiten Kammer, 1917 bis 1921 der Ersten Kammer an, seither wieder der Zweiten Kammer.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Im Laufe des Tages Eintrübung, aber vermutlich noch kein Regen. Nachts kalt, tagüber weiterhin mild. — In Deutschland: Im Süden und Osten Wetterbesserung, im Nordwesten Bewölkungszunahme und aufkommende Regen- neigung.

Märchennachmittage veranstaltet der Hausdienst der Berliner Städtischen Gaswerke Akt.-Ges. in diesem Jahre. Mit und ohne Begleitung dürfen die Kinder kommen. Spiel und Tanz der Märchenaufführung „Hellas Weihnachtswunsch“ erleben und zugleich das Entstehen künftiger Weihnachtskuchen beobachten. Die Eintrittstorte zum Preise von 25 P. gewährt das Anrecht auf eine Tasse Kaffee und Kuchen oder ein Glas Bier. Am Mittwoch, dem 30. November, findet im „Kriegervereinshaus“, R. 39, Chausseestraße 94, die Aufführung beider Spiele statt, und zwar beginnt das Märchenpiel „Hellas Weihnachtswunsch“ nachmittags 4.30 Uhr und das Stück „Mühting! Wir drehen einen Film“ um 7.30 Uhr abends.

Eine Weihnachtsfeier für 50 Pfennig ist ein Glanzstück der Arbeiterwohlfahrt, die am 30. und 31. Dezember d. J. 135 516 Gentiane und zwei Prämien im Gesamtwert von 430 000 Reichsmark ausstellt. Der Höchstgewinn ist ein eingerichteter Landhaus. Die Hauptgewinne sind Landhäuser und Wohnen im Reichsmark. Der Betrag 5000 bis 20000 Reichsmark. Wer davon wünscht, kann 50 Pfennig des Wertes seines Gewinnes in bar bekommen. Jeder kauft sich noch heute für 50 Pfennig ein Los der Arbeiterwohlfahrt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Der Berliner Ritz-Club ist jeden Dienstag um 10 1/2 Uhr im Clubhaus, Chausseestr. 2.

Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Waidmannsdorf, Mittwoch, 30. November, 17 Uhr, im Restaurant Schliefe, Waidmannsdorf, Köpenicker Str. 188, Mitgliederversammlung.

Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Groß-Beeren, Sozialpolitischer Platz (Sonnenabend), „Zukunft des Wohnungsbau“, Redner: Oberbürgermeister Dr. Zuppe-Rürnberg, 20 Uhr. St.-O.-Haus, Friedlich-Edel-Str. 27. Raxien durch 5 7 Palas 0509.

Jüdische Sozialistische Arbeiterjugend, Dienstag, 29. November, 20 1/2 Uhr, findet im Heim Große Präsidentenstr. 1 Genosse Grün über „Die russische Sozialdemokratie und ihre Stellung zur Sozialunion“. — Donnerstag, 1. Dezember, 20 1/2 Uhr, im Heim Große Präsidentenstr. 1, Beginn des Aurlus „Die jüdische Literatur“ unter Leitung des Genossen Dr. Kofler.

Ein Maßmantel würden natürlich das Vielfache kosten

Aber er könnte kaum mo-
discher und flotter aus-
sehen — könnte kaum
viel besser verarbeitet
sein als dieser hier für

Mk. 26⁷⁵

der fabelhafte C. & A.-
Mantel, auf den wir stolz
sind, und auf dessen Be-
sitz auch Sie stolz sein
würden wie jeder andere,
der unserem Rat folgt —

GEHEN

SIE ZU



Oranienstr. 40
Am Oranienplatz
Königsstraße 33
Am Bld. Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Beim Berliner Bahnhof
Wilmersdorferstr. 108
Am Bahnhof Charlottenburg

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Das obige Angebot steht Ihnen ab Dienstag zur Verfügung — Schriftliche Bestellungen können leider nicht berücksichtigt werden!

SCHICKSAL MASCHINE

29] ROMAN VON

STEFAN POLLATSCHEK

Copyright Saturn-Verlag

Die Luft wird dick.

1.

Aus den Weltkrisen Werken war eine Aktiengesellschaft geworden, und die Zeitungen wußten zu berichten, daß Geheimrat Professor Doktor Crusius zum Präsidenten, der bisherige Prokurist Lehner zum kommerziellen und Oberingenieur Hanau zum technischen Direktor bestellt worden waren. Das neue Unternehmen kam in eine recht unangenehme Situation. Die Verhältnisse auf dem Weltmarkt hatten sich bedeutend verschlechtert. Sie waren so verworren, daß nicht einmal der Versuch gemacht wurde, eine Erklärung für alle diese entsetzlichen Vorgänge zu finden. Man konnte nicht mehr fassen, was da in der Welt vorging. Jeder Tag brachte neue Katastrophen.

Die Weltkrisen Werke hatten die ganze Produktion an sich gerissen. Durch die immer fortschreitende Verbesserung der Erfindungen ihres Präsidenten war es gelungen, die gesamte Konkurrenz lahmzulegen. Die Fabriken erzeugten mit einer immer geringer werdenden Zahl von Arbeitskräften immer größere Warenmengen, die bald nicht mehr an den Mann zu bringen waren. In den Magazinen häuften sich die Produkte, die keinen Käufer fanden, und auch die stetige Verbilligung der Preise konnte nichts daran ändern. Die unerhörte Arbeitslosigkeit auf allen Gebieten schränkte die Zahl der Kaufkräftigen von Tag zu Tag ein. Das Heer der Arbeitslosen wuchs stündlich. Die Folge waren endlose Kämpfe in fast allen Ländern der Erde. Die Währungen sanken und wurden mühsam gehalten. Sicherheit gab es nirgends. Die Welt war in Aufruhr; Not und Armut herrschten überall und ein Lichtblick war nirgends zu erspähen.

Crusius saß in seinem Büro und arbeitete. Er stand vor einer großen Staffelei und hantierte mit Zirkel, Lineal und Meßapparat, als ihm ein Besucher gemeldet wurde. Es war Wormser, der kluge Schriftsteller, dessen kleine Kostbarkeiten immer mehr Freunde und Bewunderer fanden.

„Ich störe, Herr Geheimrat“, begann er mit seiner dünnen Stimme, „aber ich habe das seltene Glück, einen Heros der Menschheit an der Arbeit zu sehen.“

Crusius betrachtete den Besucher, zog den Arbeitsmantel aus und meinte: „Wollen Sie Ihren Spott über mich ergießen, Herr Wormser? Bitte! — Ich glaube, daß ich Ihnen dialektisch nicht gewachsen bin, ich liefere mich Ihnen aber gern aus, denn ich bin ein Bewunderer Ihrer Schriften.“

„Da sitzen also zwei Bewunderer einander gegenüber, das kann ja amüßant werden. Aber Sie fragen mich gar nicht, Herr Geheimrat, warum ich zu Ihnen gekommen bin, warum ich den Frieden Ihrer Arbeit störe, obgleich ich befürchte, daß Ihre Arbeit den Frieden vieler Menschen stören wird.“

„Also auch Sie halten mich für einen Feind der Menschheit, für einen Bringer des Unheils?“

„Da sei Gott vor, daß ich das meine, Herr Geheimrat! Alles was bestet, ist sicherlich irgendwie notwendig. Sie und ich, der Diener, der mir öffnete, der Mensch, der meine Schreibereien liest, und der Arbeiter, den Ihre Erfindungen um seine Existenz bringen. Nein, nein, ich bin zu Ihnen gekommen, damit Sie mir helfen, Meister, ich bin nämlich ziemlich ratlos.“

„Ich glaube nicht, daß Sie hilflos sind, Wormser! Sie sehen mir zu scheinheilig drein. Sollten Sie nicht am Ende ein kleiner Tartuff sein? Aber lassen Sie immerhin hören!“

„Sehen Sie, Meister, ich komme zu Ihnen, weil ich die Welt nicht mehr verstehe. Ja, lächeln Sie nicht, Sie sollen mir ein wenig die Welt erklären. Sehen Sie, wir leben in einer Zeit, da es nicht angeht, daß man sich den Dingen verschließt, Augen und Ohren zumacht, Glossen schreibt und Dramen schmiedet. Man wird mitgerissen von diesem Getümmel da draußen. Mehr oder minder steht der Mensch all dem so lange ruhig zu, bis er nicht selbst unter die Räder kommt. Das ist nicht edel von uns Menschen — aber so sind wir nun einmal. Sehen Sie, jetzt bin ich davon ergriffen. Ich kann mir keinen neuen Anzug mehr kaufen, ja mitunter habe

ich nicht mehr das Geld für eine Mahlzeit — oh Sie dürfen nicht glauben, Meister, daß ich um ein Almosen zu Ihnen komme. Um jeden Verdacht abzuwehren, erkläre ich Ihnen, daß ich keine Gabe von Ihnen annehmen werde. Aber mich interessiert es doch, wie dies alles zugeht, und da dachte ich mir: Du bist zu dumm, um das zu verstehen, aber es ist doch von einem gewissen Interesse, warum du Not und Hunger leidest, da gehst du halt zu dem berühmten Crusius, von dem die Leute behaupten, daß er an der Herbeiführung all dieser Zustände regen und tätigen Anteil genommen hat und läßt dir einmal einwandfrei erklären, warum du

eigentlich Not leidest und wozu das alles ist.“ „Ich bin nur froh, verehrter Herr Wormser, daß Sie Ihren Humor bewahrt haben, das läßt mich hoffen, daß Sie auch die Dinge, die Ihre Person betreffen, ein wenig romantischer sehen, als sie in Wirklichkeit sind.“

„Nein, nein, geben Sie die Hoffnung auf. Es ist tatsächlich so, wie ich es Ihnen erzählte.“

„Oh“, sagte Crusius und seine Stimme klang betreten. Er ging auf und ab, rauchte eine Zigarette an und bot seinem Besucher das Glas. Der lehnte ab: „Ich bin unbestechlich, Herr Geheimrat!“

„Sie werden doch nicht im Ernst zu mir gekommen sein, um eine nationalökonomische Vorlesung von mir zu hören?“

„Doch, doch“, sagte Wormser und trommelte mit den Fingern auf der Tischplatte.

„Also erzählen Sie mir Ihren Fall!“

„Nein, so einfach mach ich Ihnen das nicht, Meister! Auch hätte ich Ihnen nicht viel zu erzählen: Daß die Verleger pleite sind, weil keine Menschen mehr da sind, die Bücher kaufen, daß ich nicht Ziegel klopfen kann, abgesehen davon, daß ich keine Arbeit fände, wenn ich dies könnte, das

alles wissen Sie, das dürfte Ihnen nicht unbekannt sein. Sie sollen meine Neugierde befriedigen und mir erklären, warum ich mir keinen Anzug kaufen kann, obwohl ich einen solchen, wie der Augenschein zeigt, dringend benötige.“

„Offenbar, weil Sie kein Geld haben!“ „Die Diagnose ist richtig“, lächelte Wormser, „aber mit der Diagnose, fürchte ich, ist nicht viel getan. Es gibt doch viele Anzüge in den Läden, Meister, sie sind auch billig, wirklich spottbillig! Aber ich und viele können sie doch nicht kaufen, es werden zwangsläufig immer mehr Anzüge auf der Welt.“

„Das ist klar, Herr Wormser. Wir können heute mit unseren Maschinen mehr Anzüge herstellen als früher. Wir benötigen hierzu weniger Hilfskräfte und können sie daher billiger erzeugen.“

„Stimmt! Aber die Hilfskräfte, die sie ersparen, haben keine Arbeit und können keine Anzüge kaufen — wozu erzeugt man diese?“

„Sie fragen wie ein Kind, Wormser! Erzeugt man keine Anzüge, dann würden sie ja teurer werden und dann könnte sie erst recht kein Mensch kaufen!“

(Fortsetzung folgt.)

Das rollende Rad

Legende von Kurt Schmeltzer

Da standen sie nun, Adam und Eva; die Tür zum Paradies war hinter ihnen zugeschlagen, und ein Engel mit feurigem Schwert stand davor und bewachte den Eingang.

Eva weinte und Adam sah sich betrübt den dürftigen Boden an, den er nun bebauen mußte. Er hatte ja weder Gerätschaften noch eine Ahnung davon, was er überhaupt anfangen sollte. Da jammerte Gott den Herrn das erste Menschenpaar in seiner Not — er trat zu ihnen und sprach:

„Sehet an, was ich geschaffen habe, den Himmel und die Erde, die Pflanzen und die Tiere. Verneinet von allen und macht sie euch zunutze. So wird es euch wohlgehen, auch da ihr nicht mehr im Paradies seid.“

Da taten die beiden Menschen ihr Augen auf und sie sahen und erkannten, was sie vordem nicht beachtet hatten: da kletterten Affen in den Bäumen und aßen ihre Früchte, da schwammen Frösche und Fische in den Gewässern, da rissen Eber mit ihren Zähnen den Erdoberboden auf und fanden schmackhafte Wurzeln, da wohnten Tiere in Höhlen und Vögel in Nestern und waren vor dem Unbill der Witterung geschützt. Da rankten sich Schlinggewächse von Ast zu Ast, da webten Spinnen ihre Netze und spinnen darin ihre Beute, da bewahrten Palmen in festen Gehäusen ihre zarte Frucht. Da trugen Flamingos und Reiher ihre hochgebauten Körper auf gelentigen Stelzen durch unergründlichen Morast, da bewässerte ein Fluß das Erdreich und machte es fruchtbar, da zuckte ein Blitz und setzte einen dürren Baum in Brand, und das Feuer wärmte und leuchtete in der Nacht.

Und sie lernten von allen und machten es sich zunutze: von den Affen lernte Adam Bäume zu besteigen und Früchte herabzuholen, vom Eber den Boden zu pflügen, vom Fluß ihn zu bewässern; von Fischen und Vögeln lernten sie, sich eine Wohnung zu bauen, den Spinnen sah Eva das Flechten und Weben ab, die Schlingpflanzen gaben ihr den Stoff dazu; die Schalen der Früchte und Muscheln nahm sie als Gefäße, danach lernte sie solche aus Ton zu formen und im Feuer zu härten und zu brennen.

Von den Fröschen lernten sie zu schwimmen und von den Fischen zu rudern und zu steuern, wenn sie mit einem Baumstamm einen Fluß überqueren wollten, den Reiherdügeln machten sie das Stelzengehen nach und konnten nun trockenen Fußes durch schlammige Niederungen schreiten. Aus Holz und aus Stein fertigte Adam Werkzeuge und Waffen und er formte sie nach den

Zähnen der Tiere, denn er sah ja, wie die sie gebrauchten, Waffen nach den Reißzähnen und Meißel nach den Ragezähnen, auch Hebel nach den Stoßzähnen.

So lebten sie in Arbeit und Mühsal, aber ohne Hast, und es ging ihnen wohl wie Gott gelagt hatte.

Da geschah eines Tages Seltsames: aus dem Walde rollte ein gleichender Ring schnel und schillernd über die Erde. Die beiden Menschen standen und staunten das Wunder an, und siehe da — es war die Schlange, die mit ihren Zähnen den Schwanz gefaßt hatte und also das Riegegehene vollbrachte.

Eva lachte, als sie die Schlange erkannte. „Wie schön!“ rief sie, nahm einen Blütenzweig, bog ihn zu einem Ring und setzte ihn auf ihr Haupt, daß sie leicht anzusehen war. „Aber Adam beachtete sie nicht. „Wie schnell und mühelos!“ hatte er gerufen, und nun sah er, das Kinn auf die Fäuste gestützt und grübelte lange und tief. Dann nahm er seine Meißel aus Stein, ging zu einem Baum, den der Wind abgebrochen hatte und begann zu schlagen und zu schaden.

Es war eine mühsame Arbeit, jedoch als sie vollendet war, lag vor ihm eine runde Scheibe, die ebenso schnell und mühelos über das Land rollte, wie vordem die Schlange getan hatte. Und er grübelte weiter: danach steckte er ein Holz durch die Mitte der Scheibe und legte auf seine Enden die Enden einer Astgabel, nötigte Eva, auf dem Holz zu sitzen und fuhr sie auf der ersten Karre über das Land, so schnell und anscheinend mühelos, das Eva lachte und schrie vor Freude.

Gott hörte das Freudengehrei. Er trat herzu und sah, was Adam, der nun schnaufend und pustend bei seiner Karre stand, vollbracht hatte.

„Wie kommst du zu dem Rade?“ fragte er ihn. Und Eva sagte schnell: „Die Schlange zeigte es ihm!“

Und Gott verfluchte die Schlange zum anderen Male:

„Du sollst deinen Körper hinfort nicht erstören lassen können.“ sprach er zu ihr, „daß du dem, der dich am Schwanz aufhebt, nichts mehr anhaben kannst! Hebe dich hinweg!“

Die Schlange, die sich davonrollen wollte, vermochte es nicht mehr. In halben Windungen schlängelte sie sich durchs Gestrüpp und verbarg sich unter Blättern und Zweigen.

„Ihr habt eure Freude an dem Rade.“ sprach Gott weiter zu den Menschen, „und ihr begreift nicht, daß es kein Segen ist, was euch die Schlange gelehrt hat. Ich wollte nicht, daß ihr das Rad lennen lerntet und zeigte es euch nirgends, weder unter den Pflanzen noch unter den Tieren. Aber da ihr nun einmal von ihm wißt, werdet ihr es behalten und es wird euer Leben bestimmen auf Erden. Es wird nicht leichter werden dadurch, wie ihr glaubt, sondern wie du jetzt atmest schnaufst, Adam, so wirst du und werden die, die nach dir kommen, immer schnaufen müssen um der Räder willen.“

So ließ Gott die Menschen mit ihrem Rade und Adam baute weiter daran, setzte erst zwei Räder auf eine Achse und dann zwei solcher Räderpaare hintereinander — da hatte er einen Wagen. Und er lernte ihn von Tieren ziehen zu lassen.

Aber Eva machte sich Ringe für die Arme und die Beine und für ihren Hals, schmückte sich damit und vergaß oft über die Freude an dem

Wierat ihre häusliche Pflicht. Das ärgerte Adam und es gab Zank und Streit zwischen ihnen.

Und oft war Adam abwesend, denn es verlockte ihn zu sehr, mit seinen Gespannen herumzufahren und den Reiz der Schnelligkeit zu kosten. Und darüber grünte sich Eva und gab ihm bittere Worte, wenn er heimkehrte.

Auch die Tiere, die Adams Wagen ziehen mußten, fürchteten ihm, denn sie waren vordem frei gewesen und mußten nun unter dem Joch gehen. Aber Adam und die Menschen nach ihm verefertigten immer mehr Räder und legten sie zusammen auf die verschiedenste Art und sie hatten ihre Freude daran und glaubten, die Räder hätten ihnen, das Leben schön und leicht zu machen. Sie glaubten es bis auf den heutigen Tag.

Und die Wahrheit ist doch, daß die Räder sich drehen und rollen und den Menschen hegen und jagen und ihn nicht dazu kommen lassen, daß es ihm wohl ergehe auf der Erde.

Alle Sprüche

Fangst du was an, was du nicht kannst
Vollenden, wie du es begannst,
Besser als halb gewonnen.
Du hättest es nie bekommen.

(Aus dem „Eisabenden“ 121.)

Anfang, Mitte und End der Ehre
Entspringt allein aus guter Lehre.

(Erb. Brant, 1458—1521.)

Ich habe guten Erfolg



Von Ihrem bulgarischen Knoblauchsaft habe ich bereits die 8. Flasche mit gutem Erfolg in Gebrauch. Kopfschmerzen und Schwindelanfälle sind verschwunden und ich fühle mich mit meinen 72 Jahren wieder sehr wohl.
60399 Baummeister Michael Wegner
Erlangen, Theaterplatz

Zinsser = Knoblauch = Saft

ist appetitanregend, reinigt das Blut und den Darm, schafft gesunde Säfte und leistet bei Arterienverkalkung, zu hohem Blutdruck, bei Magen-, Darm-, Leber- und Gallenleiden, bei Asthma, Rheumatismus und allen Stoffwechselförderungen gute Dienste. Eine Flasche kostet Mk. 3.—, eine Versuchsflasche nur Mk. 1.—. Geruchlos und ohne Geschmack sind Knoblauchkapseln und Knoblauch-Tabletten. Schachtel je Mk. 3.—. In den meisten Apotheken zu haben, Knoblauchsaft auch in den Drogerien, sonst direkt.



Dr. Zinsser & Co. G.m.b.H. Leipzig 15

70000 Anerkennungen über Zinsser-Saft

Unter Angabe-Nachrichtungsagentur, Berlin SW, Prenzlauer Str. 20, Tel. Ruytergärten 274, weiß auf Wunsch Verkaufsstellen fern nach.

Kurt Doberer:

Ein Mensch ohne Weg

Ich weiß den Weg nicht und sehe kein Licht — Zwecklos sind Augen, wenn Füße ziellos schreiten.

Ich bin im Nebel und fürchte mich — Wertlos sind Wege, für den, der blind ist.

Wohin ich gehe, ich weiß es nicht — Hunger sagt mir, daß ich am Leben bin.

Gute Bilanz des West-Elektrotrusts

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk zahlt 5 Proz. Dividende

Das größte deutsche und europäische Stromverorgungsunternehmen, die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke A.-G. (RWE), das mit einem Eigen- und Fremdkapital von 550 Millionen Mark arbeitet, wird für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1931/32 die gleiche Dividende von 5 Proz. wie im vorhergehenden Jahre zahlen.

Betriebsgewinne und Zinsen sind nur unwesentlich auf 66 gegen 68,6 Mill. Mark gesunken und auch der Reingewinn liegt mit 10,7 gegen 11,1 Mill. Mark nur unwesentlich unter dem Stande des Vorjahres. Er würde infolge der erheblichen Einsparungen bei den Verwaltungskosten noch höher liegen, wenn nicht die Abschreibungen auf die Vermögensanlagen im Berichtsjahr noch um 2,4 auf 27,8 Mill. Mark heraufgesetzt worden wären.

In der Bilanz erscheinen eigene Betriebe mit einem Zuwachs von 78,2 auf insgesamt 743,7 Millionen Mark, worin sich das gigantische Wachstum dieses Unternehmens zeigt. Von diesem Zuwachs entfallen allein 61 Mill. Mark auf die Übernahme der Anlagewerte der Bergischen Elektrizitätswerke G. m. b. H. und mehrerer angeschlossener Werke. Die Anlagewerte dieser Unternehmungen sind zu ihrem Buchwert auf dem Konto eigene Betriebe angeführt, zugleich aber die entsprechenden Abschreibungen auf der Gegenseite der Bilanz vom RWE vorgenommen worden, so daß sich einschließlich der normalen Abschreibungen auf die übrigen Anlagen in Höhe von 27,8 Mill. Mark die Gesamtabschreibungen jetzt auf 276,1 Mill. Mark erhöhen.

Die gesamte Stromabgabe dieses riesigen Versorgungsunternehmens betrug im letzten Geschäftsjahr

rund 3 gegen 3,25 Milliarden Kilowattstunden.

Die nutzbare Stromabgabe betrug 2,14 gegen 2,44 Milliarden Kilowattstunden, von denen auf Kraftstrom 2,0 gegen 2,30 Milliarden Kilowattstunden und auf die Lichtabgabe 130 gegen 143 Millionen Kilowattstunden entfallen. Während also Kraftstrom und Lichtstromabgabe einen erheblichen Rückgang erfahren, stieg der Verbrauch an Hausstrom um mehr als 50 Proz. Wie auch bei dem RWE. erweist sich

der Kleinabnehmer als härteste Slage

in der Krise. Um so eher sollte endlich mit der stiefmütterlichen Behandlung der Kleinabnehmer bei der Festlegung der Stromtarife für den Haushaltszweck Schluß gemacht werden. Trotz erheblicher Kostenersparungen durch Lohnabbau und

Reichsbank muß zurückzahlen

Die Devisenvorräte der Reichsbank haben sich in den letzten Monaten etwas erhöht, und zwar etwa um 40 Millionen. Die Verlängerung des ausländischen Notenbankkredits der Reichsbank im Betrag von 90 Millionen Dollar war im Sommer auch unter der Bedingung erfolgt, daß die Reichsbank weitere Abzahlungen (außer den bisherigen 10 Millionen Dollars) leistet, wenn ihre Devisenbestände zunehmen. Die Frankfurter Zeitung meint, daß daraufhin im Dezember eine neue Abzahlung fällig sei, die immerhin einige Millionen Dollar ausmache.

Materialverbilligung hat das RWE. seine Haushaltstarife nur unter Bedingungen ermäßigt, die für den kleinen Mann überhaupt nicht in Frage kommen. Es wirkt wie ein Hohn auf die arme Bevölkerung, wenn das RWE. seinen Strompreis von 15% auf 8 Pf. je Kilowattstunde ermäßigt, daran aber die Bedingung knüpft, daß der ganze Haushalt auf elektrischen Stromverbrauch eingestellt und der Mindestverbrauch 150 Kilowattstunden pro Monat beträgt.

Welcher Arbeiter und Angestellte könnte sich einen Mindestverbrauch an Strom in Höhe von 12 H. pro Monat leisten?

Hier sollten sich die Vertreter der Kommunen im Aufsichtsrat mit der gleichen Energie für die Interessen der Verbraucher einsetzen, wie die privatkapitalistischen Interessenten es verstehen, bei den Abschüssen von Kraftstromlieferungen besonders günstige Bedingungen für sich durchzudrücken.

Schwarzkopff saniert

Starker Umsatzrückgang

Die Berliner Maschinenbau A.-G. vorm. L. Schwarzkopff hat auch das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1931/32, wie bei der Ent-

wicklung der Wirtschaftslage nicht anders zu erwarten war, wieder mit Verlust abgeschlossen. Es ist dies das dritte Verlustjahr für die Schwarzkopff A.-G., die als eine der führenden Lokomotivunternehmungen in Deutschland schon früher in die Krise geriet als der allgemeine Maschinenbau. In diesen drei Jahren hat Schwarzkopff 5,61 Millionen an Verlusten ausweisen müssen, die bisher allerdings durch die außerordentlich hohen Reserven — der Reservefonds betrug 7,3 Millionen Mark, also fast 50 Proz. des Aktienkapitals — gedeckt werden konnten.

Trotz der weiteren Geschäftsschrumpfung scheint aber Schwarzkopff nach und nach sein Gleichgewicht wiederzufinden, denn der Verlust im letzten Geschäftsjahr beträgt nur noch 970 000 Mark gegen 3,4 Millionen im vorhergehenden Jahr. Um das Kapital den stark gesunkenen Umsätzen anzupassen, schlägt die Verwaltung eine Sanierung durch Zusammenlegung des Kapitals im Verhältnis 2:1 auf 7,8 Millionen vor. Dieser Vermögensschnitt bringt die Umlage wieder in ein einigermaßen normales Verhältnis zum Aktienkapital des Unternehmens. Im letzten Jahre betrug der Umsatz nur noch zwei Drittel des Vorjahres und sogar nur zwei Fünftel des Geschäftsjahres 1929/30. Schätzungswiese dürfte also der Umsatz bei Schwarzkopff nur noch 10 bis 12 Millionen erreicht haben.

Zum Bauhüttenprozeß

Der Reichswirtschaftsminister muß eingreifen

Vor dem Stettiner Gericht wird seit einer Woche der Bauhüttenprozeß verhandelt, der in weiten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt. Dem Buchstaben nach, der beklagt ist, hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Leiter der Bauhütte für Pommern G. m. b. H., dem Stadtrat Lüd., erheben müssen. Wenn der Geist aber zu entscheiden hat — und wir hoffen, daß dieser Geist entscheidet —, dann muß der Reichswirtschaftsminister eingreifen und dem Stettiner Prozeß ein Ende machen. So nur kommt die deutsche Justiz aus einer bösen Paragraphenflemme heraus und das Reichswirtschaftsministerium an einer noch böseren Blamage vorbei.

Wie kam es überhaupt zu dem Stettiner Gerichtsverfahren? Im Juni dieses Jahres, als die Wellen des Wahlkampfes hochgingen, brachte der nationalsozialistische „Angriff“ in Berlin eine feiner lösen Wahlbombe. Der sozialdemokratische Stadtrat Lüd. von Verband sozialer Baubetriebe habe Gelder nach dem Ausland verhöben. Die Sozialdemokratische Partei stehe vor einem Skandal, der „noch größer sei als der Barmat-Skandal“. Die ganze Angelegenheit wurde so dargestellt, als ob der Verband sozialer Baubetriebe eine Devisenschiebergesellschaft für und im Auftrag der Sozialdemokratie sei. Die Stettiner Staatsanwaltschaft hat dann in dieser Angelegenheit gegen die Bauhütte für Pommern G. m. b. H. Anklage erhoben.

Was ist nun an dem Skandal,

der „noch größer ist als der Barmat-Skandal“?

Wir geben hier kurz und knapp den wirtlichen Sachverhalt wieder und halten uns dabei im wesentlichen an die Darstellungen, die die im Stettiner Prozeß vernommenen Sachverständigen Professor Garboj von der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg, Generaldirektor Dr. Kemper von der staatlichen Bau- und Bodenbank in Berlin und der Reichsbankoberinspektor Rasch gegeben haben:

Die französische Regierung stellte seinerzeit rund 12 Milliarden Franken, etwa 2 Milliarden Mark, für Bauzwecke zur Verfügung. Aber die französische Bauindustrie, die stark verollet ist, und etwa auf dem technischen Stand von vor 40 Jahren steht, konnte den Anforderungen eines solchen Riesenauftrags nicht nachkommen. Sie sah sich im Band der technischen Rationalisierung, in Deutschland, nach Hilfe um. So kam die Bauhütte für Pommern G. m. b. H. zu den jetzt vor dem Stettiner Gericht verhandelten Bauaufträgen in La Rochelle (Frankreich).

Die Stettiner Bauhüttenleute wollten ihren in der Krise stillgelegten Arbeitsapparat ausnützen und in Frankreich, was dann auch geschah, Geld verdienen, um neue Bauten in Pommern finanzieren und ihre Angestellten und Maurer beschäftigen zu können.

Professor Garboj und Generaldirektor Dr. Kemper stehen auf dem Standpunkt, daß der Wert der Bauprojekte in La Rochelle für die deutsche Wirtschaft außerordentlich hoch zu veranschlagen sei.

Der Gewinn — heute liegen schon von diesen Gewinnen monatlich 300 000 Mark nach Deutschland — werde rund 4 Millionen Mark betragen, während das von der Bauhütte für Pommern G. m. b. H. zur Aufrechterhaltung aufzubringende Kapital nur 400 000 Mark ausgemacht habe. Die Bauhütte sei durch die französischen Aufträge in die Lage versetzt worden, ihren Stettiner Betrieb ausreicht zu erhalten. Bauten in Pommern zu finanzieren und der Arbeitslosigkeit auf dem Bauplatz zu steuern. Die beiden prominenten Sachverständigen haben sich voll und ganz für das von der Bauhütte Pommern G. m. b. H. übernommene Geschäft eingesetzt, wie sich jeder für dieses Geschäft einsehen muß, der objektiv und wirtschaftlich denkt.

So hat aber die Bürokratie bei der Devisenbewirtschaftungsstelle leider nicht gedacht, als die Bauhütte für Pommern von ihr die Genehmigung zur Ausfuhr der für die Aufrechterhaltung der französischen Projekte notwendigen 400 000 Mark einholen wollte. Vor dem Gericht in Stettin hat allerdings der Reichsbankoberinspektor Rasch erklärt, hätte die Devisenbewirtschaftungsstelle damals das Geschäft so übersehen, wie das heute der Fall ist, dann, ja

dann wäre es nicht zur Anklage gekommen

und die nachträgliche Genehmigung sei angebracht!

Jetzt, nachdem Lüd. durch den Not geschleift und als Devisenschieber verurteilt worden ist, nachdem die Nazis aus einer Angelegenheit, die nur im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt, Wahlbomben gegen die SPD. fabrizierten.

Daß der Leiter der Bauhütte für Pommern G. m. b. H., der sozialdemokratische Stadtrat Lüd., unschuldig und grundlos vor den Richtern steht, daran ist nicht zu zweifeln. Aber die Bauhütte für Pommern hat (ob sie davon wußte oder nicht wußte, das ist die entscheidende Frage, die das Gericht interessiert) Markbeträge ohne Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle nach Frankreich ausgeführt und damit gegen strenge Devisenverordnungen verstoßen. Der Stettiner Staatsanwalt hat sicher gegen seine innere Ueberzeugung Anklage erhoben. Auch er wird die „Affäre“ der Stettiner Bauhütte, wirtschaftlich und moralisch betrachtet, in Ordnung finden. Aber tote Paragraphen zwangen ihn zur Anklageerhebung.

Wir halten es für selbstverständlich, daß der Reichswirtschaftsminister sich nicht den Paragraphen ausliefern. Das Reichswirtschaftsministerium wird gut daran tun, wenn es die Genehmigung für die Ausfuhr der 400 000 Mark noch nachträglich erteilt, mit denen die Stettiner Bauhütte im Auslande für jede Mark 10 Mark für die deutsche Währungsreferenz verdient hat.

Neuer Verlust bei Opel

Die von dem amerikanischen General-Motors-Konzern aufgekauft Adam Opel A.-G. in Rüsselsheim veröffentlicht jetzt reichlich spät ihren Jahresabschluss von 1931. Auch dieses Geschäftsjahr erforderte wieder einen Verlust von 3,37 Millionen Mark, womit sich der Gesamtverlust auf 15,5 Millionen erhöht.

Nach dem Geschäftsbericht haben die neuen 1,8 Liter-Typen für Personen- und Lieferwagen guten Absatz gefunden. 40 Proz. des Gesamtabsatzes dieser Wagenklassen (1,2 bis 2 Liter) entfielen auf dem deutschen Markt auf Opelwagen. Bei den kleinen Lieferwagen bis zu 1/2 Tonne konnte Opel seinen Anteil im Berichtsjahr von 41,9 bis auf 57,3 Proz. steigern.



THE RHEINISCHES

Großer Lebensmittel-Verkauf

Mengenabgabe vorbehalten • Verkauf soweit Vorrat • Preise nur Dienstag und Mittwoch • Lebensmittelzusendungen von 5,00 M. an

Fleisch	Fische	Käse und Fette	Wurstwaren	Obst und Gemüse
Kalbskeule . . . Pfd. von 0,58	Kabliau gr. Stk. 1,00 Pfd. 0,22	Tilsiter vollfett . . . Pfd. 0,68	Mettwurst Broche Art. Pfd. 0,84	Amerik. Äpfel 3 Pfd. 0,65
Schweinebauch 8 Bg. Pfd. 0,70	Selachs gr. Stk. 1,00 Pfd. 0,22	Edamer 40% . . . Pfd. 0,72	Fleischwurst . . . Pfd. 0,78	Kochäpfel . . . Pfd. 0,15
Rückenfett bratt. Pfd. 0,66	Schellfisch n. K. L. Stk. Pfd. 0,22	Holländer 40% . . . Pfd. 0,72	Dampfwurst . . . Pfd. 0,75	Märk. Rübchen 4 Pfd. 0,15
Rinderleberfleisch Pfd. 0,78	Rotbars . . . Pfd. von 0,18	Stang.-Käse 1/2 Stk. 0,42	Cervelat, Salami Pfd. 1,08	Grünkohl . . . Pfd. 0,04
Rinderbacken . . Pfd. 0,34	Kablaufilet . . . Pfd. 0,38	Haizer Käse . . . Pfd. 0,25	Nuss-Schinken . . Pfd. 1,24	Möhren . . . 3 Pfd. 0,10
Hammelvorderfl. Pfd. 0,54		Bratenschmalz . . Pfd. 0,50	Speck mager . . . Pfd. 0,96	Sellerie . . . Pfd. 0,05

Räucherwaren	Kolonialwaren	Konserven	Lebensmittelzusendungen
Büchlinge . . . Pfd. 0,22	Weisse Bohnen Pfd. 0,12	Kartoffeln in Sirellen 0,28	Leipziger Allerlei . . 0,70
Schellfisch . . . Pfd. 0,28	Linzen . . . Pfd. 0,14	Junge Erbsen mit . . . 0,88	Konsummischung . . . 0,36
Sprossen . . . Pfd. 0,32	Viktoria-Erbsen Pfd. 0,18	Jg. Erbsen mittel klein 0,68	Jung-Schnittbohnen 0,42

Wollwaren	Damen-Strümpfe	Trikotagen	Schuhwaren
Damen-Pullover reine Wolle, mit farbigen Einsätzen, verschiedene Ausführungen u. Qualitäten, Stück	Bemberg-Kunstseide feines, weiches Material, gut verstärkte Florsohle Paar	Damen-Schlüpfer Baumwolle, mit angerauhtem Füller, viele Farben Stück	Kragenschuhe Kamelhaarartig, mit Filz- und Lederzahn, aus Wolle mit Baumwolle Paar
2,45	1,00	0,78	1,25
Damen-Pullover reine Wolle, moderne Streifen Stück	Flor-Kunstseide plottiert, Dauerstrumpf, in modernen Farben Paar	Damen-Prinzessröcke Kunstseide, mit angerauhtem Füller, moderne Farben Stück	Kragenschuhe Kamelhaar, reine Wolle und Kamelhaar, Filz- und Lederzahn, gute Qualität Paar
4,90	1,45	1,95	1,85